

Liebe VERS-ler, sehr geehrte Freunde des VERS,
verehrte Leserinnen und Leser,

diese neue Ausgabe der seit einem Jahr im neuen Gewand erscheinenden VERS-Nachrichten soll Ihnen wieder einen Überblick der Tätigkeiten des VERS geben. Es ist schon die 15. Ausgabe seit dem Zusammenbruch der DDR; sie spiegelt die große Erweiterung der Tätigkeitsfelder des VERS wider.

In der Geschichte des VERS spielt das Jahr 1993 eine besondere Rolle. Ein gewisser Abschluss der Übergangsperiode war erreicht. Im Frühjahr 1993 schlossen sich ehemalige politische Häftlinge des VERS zu einer Arbeitsgruppe zusammen, die dann der kurz vorher gegründeten Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) beitrug. Deren Vorsitzender war Roland Bude, der 1950 als Rostocker Student verhaftet worden war und 1955 aus Workuta heimkehrte. Ermutigt durch diese neuen Aktivitäten gründeten fünf VERS-Mitglieder eine Archivgruppe, die im Juli desselben Jahres die Genehmigung des Rektors erhielt, im Universitätsarchiv arbeiten zu können. Das dort aufgedeckte Material bildete nach den frühen VERS-Publikationen, dem „Ammer“ (1969) und dem „Esch I“ (1990) die Grundlage für eine Reihe von wichtigen VERS-Publikationen.

Pfingsten 1993 auf dem Heiligenhof in Bad Kissingen, wurde die auch jetzt noch gültige VERS-Satzung beschlossen. Sie nennt als grundsätzliches Ziel die Stärkung und Erhaltung des Verantwortungsbewusstseins gegenüber den unveräußerlichen Menschenrechten und der freiheitlich-demokratischen, rechtsstaatlichen Lebensordnung, fordert neben der Traditionspflege auch die Mitwirkung bei der demokratischen Erneuerung der Universität Rostock. Das geistige Zusammenwachsen im ver-

*Ab sofort ist der VERS im Internet mit eigener Homepage vertreten.
www.vers-online.org*

einten Deutschland soll unterstützt werden durch Vermittlung von Informationen über den Einigungsprozess und dessen europäischer Dimension und durch Aufarbeitung der Vergangenheit der DDR und des kommunistischen Herrschaftssystems.

Seitdem hat sich gezeigt, dass das „Zusammenwachsen, was zusammen gehört“ wie die Aufarbeitung der sozialistischen Vergangenheit ein doch recht langwieriger Prozess ist. Ein Vergleich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bietet sich an. Ein Besuch der kürzlich eröffneten Ausstellung im Dokumentationszentrum in Schwerin am Demmlerplatz wird empfohlen. Neue Problemfelder, ja Bedrohungen, rücken in den Mittelpunkt der Erörterungen, wie der weltweite Terrorismus, aber auch die Unwägbarkeiten bei der Osterweiterung der Europäischen Union und die wohl eher diffus wahrgenommenen Gefahren bei der fortschreitenden Globalisierung von Wirtschaft und Politik.

Ich denke, wir dürfen das eine nicht lassen und müssen auch das andere tun. Ein Blick in die Programme unserer Seminare des Jahres 2002 und in die Vorschau für die diesjährigen VERS-Treffen dürfte dies bestätigen.

Wir wollen aber auch eines nicht vergessen, nämlich den „menschlichen Kontakt zwischen den ehemaligen Studierenden und Lehrenden“ zu wahren und zu pflegen - wie es bereits in der ersten Satzung des VERS aus dem Jahre 1958 nachzulesen ist.

Ein Wort im Nachsatz: Sollten Sie noch nie an einer VERS-Tagung teilgenommen haben, aber daran interessiert sein, so geben Sie bitte eine Nachricht an eine der im Impressum angegebenen Anschriften.

Hartwig Bernitt

Danksagung für Spenden

Für alle Spenden, die uns im vergangenen Jahr erreicht haben, bedanken wir uns herzlich. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, die VERS-Arbeit zu ermöglichen. Mit dem beiliegenden Überweisungsträger können Beiträge und Spenden überwiesen werden.

Vor 75 Jahren wurde Arno Esch geboren

Am 6. Februar wäre Arno Esch 75 Jahre alt geworden. Er wurde gerade dreiundzwanzig. Am 24. Juli 1951 haben ihn sowjetische Repressionsorgane in Moskau hingerichtet.

Wie es dazu kam, ist nur aus der damaligen Zeit heraus verständlich. Nach dem Ende des „Dritten Reiches“ herrschte unter der von ihrem Vaterland verratenen Jugend eine große Sehnsucht nach persönlicher Freiheit, Individualität und Rechtsstaatlichkeit. Vielleicht ohne das zu wissen, wurde Esch zum Sprachrohr dieser Stimmung. Er hatte sich schon früh den Liberaldemokraten angeschlossen und entfaltete dort eine rege Aktivität, die nicht unbemerkt blieb. Binnen dreier Jahre war er bereits Mitglied des Zentralvorstandes der LDP, auch nach damaligen Maßstäben ein geradezu märchenhafter Aufstieg.

Seine Botschaft war einfach: Freiheit der Meinung und des Glaubens, der Berufswahl und des Aufenthaltsortes, Vorrang des Individuums vor dem Kollektiv, radikale Abkehr vom Nationalismus, Gewaltenteilung, Föderalismus statt Zentralstaat und Hinwendung zur Idee eines Weltstaates. Das Bekenntnis zum Pazifismus war die logische Konsequenz aus alledem.

Bei seinen politischen Aktivitäten fühlte er sich persönlich ziemlich sicher. Er hat sich nie kritisch gegen die Besatzungsmacht geäußert und das auch seinen Anhängern eingeschärft. Alles, was er sagte, war im Rahmen der geltenden Gesetze. Opposition war erlaubt, was sollte ihm schon geschehen?

Neben der regen politischen Aktivität hat er sein Jurastudium nie vernachlässigt, im Gegenteil: Seine akademischen Lehrer hielten ihn für hochbegabt, sogar für „eine Zukunftshoffnung auf dem Gebiet des Staatsrechts“. Esch selber hat stets offen gelassen, ob er seine Zukunft in einer politischen oder in einer akademischen Laufbahn sehen sollte.

Der große Zulauf, den Esch unter der jungen Generation hatte, war der SED und den Sowjets ein Dorn im Auge, denn deren Absichten liefen in allen genannten Punkten in die entgegen gesetzte Richtung. So beschlossen sie, diesen erfolgreichen Rivalen zu liquidieren. Zusammen mit 13 seiner Anhänger wurde er im Oktober 1949 verhaftet, im Juli 1950 zum Tode verurteilt und am 24. Juli 1951 in Moskau erschossen. Mit ihm starben fünf weitere Angehörige der „Gruppe Esch“. Ein Hindernis auf dem Wege zur Sowjetisierung der DDR war beseitigt.

Makaber war die Begründung der Todesurteile, nämlich Artikel 58/2 des sowjetischen Strafgesetzbuches: „Versuch, mit Waffengewalt eine Sowjetrepublik aus dem Verband der UdSSR zu lösen.“ Zynisch gegenüber einem Pazifisten, zeigt dieses Urteil auch deutlich, was die Sowjets von der DDR hielten.

Was wäre gewesen, wenn Esch überlebt hätte? Solche Fragen sind müßig. Trotzdem ist zu vermuten, dass eine bedeutende Laufbahn als liberaler Politiker oder Staatsrechtler vor ihm gelegen hätte.

Arno Esch war keine Lichtgestalt, er hatte durchaus Fehler. Er war pedantisch, ein verhornter Jurist; Diskussionen mit ihm waren nur erfreulich, wenn man sich seiner Ansicht anschloss. Auch war er bis zur Peinlichkeit prüde. Ein Mensch also - ein sehr menschlicher Mensch. Es ist ein sehr hohes Lob, von jemandem sagen zu können, er sei in dieser Zeit ein sehr menschlicher Mensch gewesen.

Sein größter Fehler aber war, zu glauben, Kommunisten würden sich an Gesetze halten, wenn es um die Macht geht. (ffw)

Nachrufe

Hannelie Schlächter, geb. Dowe, ist am 12. November 2001 im Alter von 69 Jahren in ihrem Wohnort Tostedt verstorben.

Sie war viele Jahre Mitglied des VERS. Hannelie gehörte zu den Oberschülern, die 1951 von Karl-Alfred Gedowsky für die Ruderer der Hochschulgemeinschaft geworben wurden. Nach ihrem Abitur begann sie in Rostock ihr Medizinstudium, das sie mit ihrer Flucht in den Westen abbrach. Für uns, die ehemaligen Ruderer, bleibt sie vor allem durch ihre Hilfsbereitschaft und ihre Kameradschaft in guter Erinnerung. *(mei)*

Bruno Endlich ist am 11. Februar 2002 in Filderstadt gestorben.

Seit Anfang der sechziger Jahre war Bruno Endlich Mitglied im VERS. In Rostock studierte er Biologie und war damals Stellvertreter von Hartwig Bernitt im Zentralen Literaturvertrieb der FDJ, von der man damals noch glauben durfte, sie durch eigene politische Vorstellungen beeinflussen zu können. Als die Gruppe Gedowsky verhaftet wurde, floh Bruno Endlich in den Westen. *(be)*

Egon Dahlenburg, unser langjähriges Mitglied, ist am 13. Januar 2003 im Alter von 75 Jahren verstorben.

Egon Dahlenburg war bis zu seiner Pensionierung Sonderschuldirektor in Bremen. Aus gesundheitlichen Gründen konnte er schon seit vielen Jahren nicht mehr an unseren Tagungen teilnehmen. *(sch)*

Waltraud Mund geb. Pohl ist am 5.2.2003 in Rostock gestorben.

Am 4.1.1930 wurde sie in Reichenberg geboren, studierte dann in Rostock von 1949 bis 1953 Sport und Biologie und übte ihre Lehrtätigkeit bis 1984 auch dort aus. Mit dem international bekannten Handballer Päule Mundt war sie verheiratet und hatte zwei Söhne. Als Frührentnerin konnte sie schon vor 1989 an den VERS-Treffen im Westen teilnehmen. Mit großer Erleichterung und Freude begrüßte sie dann die Wende. Trotz der Krankheit hat sie sich immer wieder engagiert, so z.B. am Kulturhistorischen Museum an der Klosterkirche in Rostock. Zwei Jahrzehnte kämpfte Waltraud mutig gegen die Krankheit, der sie nun erlag.

Wir haben sie bewundert.

(sch)

Der VERS wird das Andenken an seine verstorbenen Mitglieder stets in Ehren halten.

VERS-Vorhaben für das Jahr 2003

VERS-Seminar Pfingsten 2003 in Bad Kissingen, Heiligenhof

Prof. Dr. Jamal Malik, Erfurt, wird sich in zwei Vorträgen mit dem Islam auseinandersetzen. **Dr. med. Gerald Joram** berichtet zum Thema „Ärzte in der Dritten Welt“ über seine eigenen Erfahrungen auf den Philippinen. **Viktor Gorynia** wird vortragen, „Der 17. Juni 1953 - der erste Volksaufstand im Ostblock“ und „Zur aktuellen Situation in Ostdeutschland - zwölf Jahre nach der Vereinigung“. **Jürgen Haschke**, Erfurt, referiert über „Die Arbeit des Landesbeauftragten für die STASI-Unterlagen im zweiten Jahrzehnt nach der Wende“. **Prof. Dr Gert Meini**, Bad Doberan, und **OStD Karl Wockenfuß**, Holzminden, werden ihre neue Publikation „Die STASI an der Universität Rostock“ mit Lesung und im Gespräch vorstellen. **Dipl. Historiker Werner Nöckel**, Gräfenroda, untersucht „Antistalinistische Opposition an der Universität Jena und deren Unterdrückung durch SED und Staatssicherheit“. **Prof. Dr. Ernst-Albert Arndt**, Rostock, wird berichten über „Die Dritte Hochschulreform an der Universität Rostock am Beispiel der Bio-Wissenschaften“.

Die endgültigen Zusagen liegen noch nicht von allen Referenten vor.

VERS-Tagung am 10.-12. Oktober 2003 in Kühlungsborn

Geplant sind folgende Themenbereiche:

- Die EU-Erweiterung unter besonderer Berücksichtigung der Ostsee-Anliegerstaaten Polen, Litauen, Lettland und Estland.
- Das Ostseegebiet in seiner künftigen Bedeutung als wirtschaftlich und kulturell wichtiges „Europäisches Binnenmeer“.
- Landesspezifische Themen für Mecklenburg-Vorpommern.

In Vorbereitung: VERS-Buchprojekte

Im Netz gefangen - Die Universität Rostock im Griff des MfS

lautet der vorläufige Arbeitstitel der bevorstehenden Veröffentlichung von **Karl Wockenfuß**.

Nach der 2. Auflage von „Streng vertraulich. Die Berichte über die politische Lage und Stimmung an der Universität Rostock von 1955 bis 1989“, die von der FAZ „fesselnd“ genannt wurden, arbeitet Karl Wockenfuß seit einem Jahr noch einmal an einer umfassenden Veröffentlichung zur Geschichte der Universität Rostock nach 1945.

Es geht diesmal um die Darstellung und den Nachweis, dass das MfS die Universität mit zahlreichen Mitarbeitern und IM überwachte, im Griff hatte und maßgeblich an den Entscheidungen beteiligt war.

Wieder hat Gert Meinel mit dem Blick fürs Wesentliche eine Fülle von Akten und Fakten - diesmal im Archiv der MfS-Bezirksverwaltung Rostock in der Außenstelle Waldeck - zusammengestellt, die die Grundlage der Arbeit bilden.

Die neue Veröffentlichung umfasst den gleichen Zeitraum wie „Streng vertraulich“, hat aber den Schwerpunkt in den achtziger Jahren. Es wird vor dem „politisch-operativen“ Hintergrund deutlich werden, dass es hier um Schicksale von Menschen ging. Wer liest, was die Tschekisten taten und aufschrieben, wird davon nicht unberührt bleiben. Man denkt unwillkürlich an Orwells „1984“.

(kwf)

Mecklenburger Schulen im Visier der Stasi, so oder ähnlich könnte der Titel des Buches von **Dietmar Kausch** lauten, das bis zum Jahresende als Ergebnis der Untersuchungen zur politischen Verfolgung an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern fertig werden soll.

Hierzu befragte Dietmar Kausch im letzten Jahr insgesamt 23 ehemalige Schüler, Schulleiter und Lehrer der Oberschulen in Rostock und Bad Doberan. Im Archiv der Schule am Goetheplatz in Rostock wurden auch brisante Schriftstücke gefunden, im Stadtarchiv von Rostock dagegen nur „gesäuberte“ Akten. Schwerpunkte der Recherchen waren die Aktionen gegen die Junge Gemeinde (1953), gegen die Schülerräte (1949) und gegen Schüler, die offen ihre Meinung zur Niederschlagung des Prager Frühlings sagten.

(kau)

VERS- Veranstaltungen 2002

Zum Gedenken an Karl-Alfred Gedowsky

Am 26. März 1952 wurde Karl-Alfred Gedowsky in Moskau hingerichtet. Am Vorabend seines 50. Todestages hatte der VERS gemeinsam mit der Stadt Güstrow, dem John-Brinckman-Gymnasium und der Universität Rostock zu einer Gedenkveranstaltung nach Güstrow ins John-Brinckman-Gymnasium eingeladen.

Direktor Helmut Hickisch, Leiter des John-Brinckman-Gymnasiums, verwies in seiner Begrüßung auf die im Schularchiv verbliebenen Spuren von Gedowsky. Unter der Nr. 4182 der laufenden Alben des Realgymnasiums steht: „Karl-Alfred Gedowsky, aufgenommen 1937. Am 10.10.1944 mit Reifevermerk aus Klasse 8 entlassen. Eingezogen. 1947 in Klasse 12 aufgenommen, 1948 Reifeprüfung.“

Im Namen der Stadt begrüßte der Erste Stadtrat der Stadt Güstrow, Andreas Brunotte die Anwesenden. Die Stadt sehe diese Gedenkveranstaltung im direkten Zusammenhang mit der Veranstaltung vom November 2000 im Hotel Stadt Güstrow als Teil der Aufarbeitung der Vergangenheit. Sie diene der Erinnerung an Menschen, die sich nicht systemkonform verhalten haben. Vergangenheit und Gegenwart gelte es zu verknüpfen. Er zitierte ein Wort der Geschwister Scholl: „Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den ihr um Euer Herz gelegt habt.“

Professor Dr. Günter Wildenhain, Rektor der Universität Rostock, stellte einen Zusammenhang her zwischen dieser Ehrung für Karl-Alfred Gedowsky und der im vergangenen Jahr für Arno Esch an der Universität. "Wir ehren damit zwei aufrechte Männer, die für ihre Überzeugung in den Tod gegangen sind. Es ehrt die Stadtverwaltung der Stadt Güstrow und das John-Brinckman-Gymnasium, dass sie diese Veranstaltung durchführen. Unsere Jugend muss durch lebendigen Geschichtsunterricht erfahren, was eine Diktatur ist."

An der Universität Rostock schrieb Gedowsky sich an der Pädagogischen Fakultät für Deutsch und Sport ein. Sein Wunsch, Lehrer zu werden, blieb unerfüllt. Kontakte zum Westberliner „Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen" und ein paar Bücher aus dem Westen reichten aus,

um ihn der Spionage zu bezichtigen. Am Demmlerplatz in Schwerin verurteilte ihn ein Sowjetisches Militärtribunal am 6. Dezember 1951 als „Leiter einer Untergrundgruppe“ zum Tode. Nur drei Monate später wurde das Urteil in Moskau durch Erschießen vollstreckt.

Schüler des Gymnasiums, unter der Leitung von Susanne Preiss, begleiteten auf großer Leinwand mit einer eindrucksvollen Bild-, Text- und Tondokumentation „Zwischen Diktatur und Demokratie - ein Blick in die Nachkriegsgeschichte“ den Abend. Bilder der Vergangenheit wurden aktualisiert.

Den emotional berührenden Vortrag der Schüler steigerte Maria Wolf, indem sie ein persönliches Porträt ihres Mitschülers zeichnete. Ihr Tanzstundenpartner sei er gewesen und ein lebenslustiger großer Junge, erinnerte sie sich. Vieles aber, so auch die bedrückende Zeit an der Rostocker Uni, habe sie, die 1953 in den Westen ging, verdrängt.

Hartwig Bernitt, damals im gleichen Prozess zu 25 Jahren Arbeitsbesserungslager verurteilt, schilderte den Verlauf von Verhaftung, Verhör und Prozess. Seine Verpflichtung heute an Gedowsky: Er leitete in Moskau die Rehabilitierung des Verurteilten ein.

Als Festredner beschwor Joachim Gauck in seinem Vortrag „Vom Sinn des Widerstandes gegen Diktaturen“ ein anderes Vermächtnis: Wenn man die Erinnerung nüchtern und realistisch betreibe, werde man sehr schnell die „politisch oft als unschuldig dargestellte Anfangszeit der DDR als eine Zeit des nackten Terrors“ entlarven. Und Gauck weiter: „Eine Nation, die sich nicht erinnern will oder dabei selektiert, wird Schwierigkeiten haben mit ihrer Identität, mit ihrer Gegenwart und mit ihrer Zukunft“.

Die feierliche Umrahmung erhielt die Veranstaltung durch die Musikschule des Landkreises Güstrow. (moe)

Nach Redaktionsschluss eingetroffen

*Mitteilung von der Generalstaatsanwaltschaft Moskau:
Karl-Alfred Gedowsky ist rehabilitiert.*

VERS-Tagung 17.- 20. Mai 2002, Bad Kissingen, Heiligenhof

Obgleich der Heiligenhof sich in diesem Jahr als große Baustelle präsentierte, konnte in gewohnter Weise ein anspruchsvolles Programm absolviert werden. Räumliche Beschränkungen wurden mit viel Einfühlungsvermögen und entsprechender Toleranz von Vortragenden und Teilnehmern akzeptiert.

Russlands Weg nach Westen

Teil I: Zivilgesellschaft im Werden

Cornelia GERSTENMAIER

Frau Gerstenmaier ist Historikerin mit dem Schwerpunkt Sowjetunion und Russland. Während der Sowjetzeit hat sie im Land mit Dissidenten zusammengearbeitet, was zu ihrer Ausweisung führte. Heute lebt sie in Moskau und der Bundesrepublik. Aufmerksamkeit erzielte sie 1972 mit ihrem Buch „Die Stimme der Stummen“.

„Ich habe gelernt, warum die Dinge in Folge des Systems so sind, wie sie sind!“

Russland hat sich in den letzten Jahren konsolidiert und zu deutlicher Normalität zurückgefunden. Die Folgen des Zusammenbruchs des kommunistischen Systems werden allmählich überwunden. Die Bevölkerung hat Überlebensstrategien entwickelt und begonnen, in einem System zurecht zu kommen, in dem sie Verantwortung und Eigeninitiative übernehmen muss. Sie konnte aber nicht in den wenigen Jahren eine gut funktionierende Demokratie und eine intakte Marktwirtschaft in einem geordneten Rechtsstaat errichten. Westeuropa hat dafür 200 Jahre benötigt.

Die Referentin machte deutlich, vor welchen komplexen Problemen Russland steht, die fast durchweg Altlasten aus der Sowjetzeit sind, auch wenn neue, oft schwere und verhängnisvolle Versäumnisse und Fehlleistungen in jüngerer Zeit hinzugekommen sind. Vor allem ist Russland nie eine Zivilgesellschaft gewesen. Erst jetzt beginnt sich diese sehr

allmählich zu formieren. Ihre Orthodoxie versperrte Russland den Weg zum Römischen Recht und später zur Aufklärung, das heißt insbesondere zu den Individualrechten. Die zweihundertjährige Tatarenherrschaft hatte die Teilung Europas besiegelt und begünstigte vor allem die Korruption. Diese Defizite der russischen Gesellschaft wurden unter der Sowjetherrschaft vertieft und systematisiert.

Große Schwierigkeiten ergaben sich aus der Tatsache, dass 70 % der Industrieproduktion zum militärisch-industriellen Komplex gehörten. Hunderttausende von Menschen wurden hinter dem Polarkreis angesiedelt und etwa 800 Militärstädte errichtet. Heute stehen diese Betriebe still, die Bevölkerung ist arbeitslos und kann kaum mit Energie und Verbrauchsgütern versorgt werden.

Diese Menschen gehören zum Protestpotential, das unverdrossen für die Kommunisten und alle möglichen Abenteurer votiert. Noch heute sind Millionen von ihnen überzeugt, dass die UdSSR ein mächtiges, intaktes Reich war, das nur zufällig oder infolge einer ausländischen Verschwörung verschwunden ist. Sie begreifen immer noch nicht, dass das System bankrott war.

Die letzten Parlamentswahlen vom Dezember 1999 haben die Ausgangslage positiv verändert. Die reformfeindlichen Kommunisten haben ihre Kontrollmehrheit in der Duma verloren und die Reformkräfte wurden gestärkt. Wenn es in Russland nicht zu einem Rückfall in eine Diktatur anti-westlicher Prägung kommt oder andere Katastrophen eintreten, wird der Reformblock eine feste Größe im politischen Spektrum bleiben. Im Zuge der Geschehnisse des 11. September 2001 hat Russlands Rolle in der Welt entscheidend an Gewicht gewonnen.

In der Diskussion wurden Fragen zur Bedeutung der Kirche, des Handwerks, der Landwirtschaft erörtert. (mso)

Russlands Weg nach Westen

Teil II: Russlands Wandel vom sozialistischen zum demokratischen Staat
Cornelia GERSTENMAIER

Boris Jelzin übernahm im Dezember 1991 einen zerstörten Staat mit 110 Mrd. Dollar Auslandsschulden. Die Sparguthaben der Bevölkerung waren verschwunden, da die Kommunisten diese für ihre Kriege und ihre

bereits 1979 zusammengebrochene Wirtschaft verwendet hatten. Die Lebensmittelreserven reichten noch für fünf Monate.

Jelzin begann zu privatisieren, es gelang ihm jedoch nicht, die noch bestehenden Seilschaften zu zerschlagen. Sein großes Verdienst war es, die Sowjetrepubliken nach und nach kampflos in die Unabhängigkeit zu entlassen - außer Tschetschenien. Er legte in zehn Jahren die ersten demokratischen Grundlagen in Russland, indem er das Mehrparteiensystem einführte.

Der Krieg im Kosovo ließ die Russen erwachen. Die Unfähigkeit, die kommunistische Geschichte aufzuarbeiten, verlängerte die Leidenszeit der Bevölkerung. Russland muss eine Entmythologisierung des alten Herrschaftssystems in der Gesellschaft durchführen. Die breite öffentliche Diskussion fehlt noch, der Verlust der Großmachtstellung ist ebenfalls noch nicht überwunden.

Russland hat sich für Europa entschieden. Leider fehlen die demokratischen Grundvoraussetzungen. Das mittlere Bürgertum hat immer noch zu wenig Einkommen und ist politisch desinteressiert. Es sehnt sich jedoch nach Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit.

Putin verdankt seinen raschen politischen Erfolg seiner pragmatischen Politik der offenen Tür. Er war das erste Staatsoberhaupt, das am 11. September 2001 George Bush anrief. Schon vor diesem Anschlag hatte er ihn zum gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus aufgerufen. Putin hat bereits 2001 eine neue Steuergesetzgebung verabschiedet. Zusätzlich wurde ein flexibleres Arbeitsrecht als in Deutschland eingeführt, sodass die Arbeitslosigkeit merklich sank. Er führte die von Jelzin nicht vollendete Bodenreform durch. Die von ihm eingeführte Justizreform missfällt den alten, weitgehend korrupten Richtern und Staatsanwälten, da Verhaftungen nur noch mit Gerichtsbeschlüssen durchgeführt werden können und den Richtern Schöffen zur Seite gestellt werden. Banken-, Zoll- und Wohnungsreform stehen noch aus.

In den letzten drei Jahren wurde das Bruttosozialprodukt um 5%, um 8% und nochmals um 5% gesteigert.

Der Export ist stark rohstofflastig. Die Rückzahlung der Schulden ist erstes Ziel von Putin. Derzeit werden Überschüsse im Haushalt erwirtschaftet. Diese Überschüsse werden jedoch durch notwendige Investitionen in die Armee, in das Gesundheitswesen und für die Verbesserung der Grundversorgung der Bevölkerung aufgebraucht. Der Kampf gegen die

Drogenkriminalität ist teuer. Putin fordert mehr Effizienz, Entstaatlichung und wendet sich gegen Protektionismus in allen Bereichen. Ein weitreichender Konsens ist noch nicht erreicht, die Demokratisierung noch nicht gesichert. (epp)

Der lange Marsch der Jusos von 1968 zur rot-roten Koalition in Berlin

Dr. Jochen STAADT

Freie Universität Berlin, Forschungsverbund SED-Staat

Zum vorgestellten Thema wird im Rahmen des „FU-Forschungsverbunds SED-Staat“ ein Schwerpunktthema „Beziehungen der SED zu Parteien und Organisationen in der Bundesrepublik“ bearbeitet. Zur Vorgeschichte gehört die Initiative zum Redneraustausch beider Parteien, innerhalb derer Willy Brandt und Herbert Wehner in der DDR sprechen sollten. Dies wurde jedoch im letzten Moment von der SED-Führung gestoppt. Danach wollte die SED Gespräche mit unteren Rängen führen. Obwohl der SPD-Vorstand diese Kontakte verbot, beteiligten sich Jusos an solchen subversiven Gesprächen. Mit dem Regierungswechsel 1969 und der beginnenden Entspannungspolitik verringerten sich einerseits die Bedenken gegen eine Zusammenarbeit, andererseits radikalisierte sich mit Beginn und Verlauf der 68er Unruhen der politische Kampf, was zu extremen antikapitalistischen Forderungen führte, insbesondere in der so genannten „Stamokap“-Gruppierung. Diese Periode endete mit der Abwahl des damaligen Juso-Vorsitzenden K. U. Benneter und seinem Parteiausschluss 1977. Unter dem neuen Vorsitzenden Gerhard Schröder beteiligten sich die Jusos im Bündnis mit vielen anderen Gruppierungen an den großen Friedensdemonstrationen gegen NATO-Nachrüstung und gegen den Vietnamkrieg, dabei wurde die DKP als kleine, bedeutungslose Sekte angesehen. Kurz vor dem Zusammenbruch der SED-Diktatur führten Vertreter der Berliner SPD 1989 im Rahmen der Bildung der neuen rot-grünen Regierung bereits Gespräche mit der SED über Erleichterungen im Reiseverkehr und engere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Mit der PDS begannen erste politische Gespräche unter Richard von Weizsäcker.

Insgesamt lassen sich auf dem „Langen Marsch zur rot-roten Koalition“ folgende zeitliche Schwerpunkte erkennen: Vor 1968: Versuche zu offi-

ziellen Gesprächen der SPD mit der SED; 1968 und anschließende Jahre: Kampf gegen den Kapitalismus; 70er und 80er Jahre: Bündnispolitik auf breiter Massenbasis, Vietnam, Friedensbewegung. (jvö)

Die rot-rote Koalition in Berlin -

Rückkehr zum Sozialismus oder demokratische Normalität?

Dr. Stefan WOLLE

Freie Universität Berlin, Forschungsverbund SED-Staat

Von der PDS wird Berlin nach der letzten Wahl als das „Laboratorium der Deutschen Einheit“ bezeichnet. Der Referent ging zunächst auf die Wahlen in Berlin ein, bei denen die Wahlbeteiligung sehr gering war. Dabei nimmt er an, dass die disziplinierten potentiellen PDS-Wähler nicht zu den Nichtwählern gerechnet werden können. Während in den Westberliner Bezirken die PDS lediglich 4 % erreichte, waren es in den Ostberliner Bezirken über 50 %. Damit war die PDS zweite Kraft. Der Referent versuchte die Ursachen für dieses Ergebnis zu analysieren und teilte die PDS-Wähler in drei Kategorien ein:

- Die PDS wurde als sozialistische Traditionspartei gesehen. Als Ideologie galt ein sozialreformistischer Kurs. Widersprüche zwischen SPD und PDS zeigten sich bei der Beurteilung von Rosa Luxemburg, deren Buch über die Kritik an den Bolschewiki erst 1975 erschienen war.
- Wähler, die zu etwa 100 % zur Nomenklatura bzw. zu den Eliten der ehemaligen DDR zu rechnen sind. Als Beispiel gelten ehemalige Funktionsträger der DDR-Regierung, SED-Funktionäre, Mitarbeiter des MfS, Offiziere der NVA, Funktionsträger der Hochschulen und Funktionäre der so genannten Massenorganisationen.
- Wähler, welche die PDS als die Partei, die die Interessen der neuen Bundesländer vertritt, sehen. Als „Ostinteressen“ werden vor allem ökonomische Unterschiede und Arbeitslosigkeit genannt. So gibt es viele Frührentner, die ihre Biografie retten wollen. Sie verfügen über Organisationstalent und rhetorische Fähigkeiten und arbeiten bei Bürgerinitiativen, in der Kommunalpolitik und Verbänden mit. Als Beispiele wurden Volkssolidarität, Seniorenbetreuung und die Organisation der Jugendweihe genannt.

Allgemein treten bei der PDS - wie auch bei anderen Parteien - Altersprobleme in den Vordergrund. Es wird angenommen, dass die PDS auf Bundesebene keine Rolle spielen wird, dass aber langfristig eine Integration möglich sein könnte. (pwa)

Zur Arbeit der STASI im Westen und die westliche Anbiederung im Osten

Prof. Dr. Julius SCHOENEMANN und Prof. Dr. Gert MEINL

Bei diesem Vortrag handelte es sich vor allem um einen Bericht über die fachwissenschaftliche Tagung vom 14.-16.11.2001 in Berlin über die Westarbeit des MfS.

1949-1989 arbeiteten etwa 10.000 westdeutsche Agenten, nach 1989 noch etwa 3.000 bis 4.000 für das MfS. Von den rund 7.000 eingeleiteten Verfahren gegen diesen Personenkreis sind etwa 3.000 abgeschlossen und führten zu rund 500 Verurteilungen.

50% der Westagenten waren von nahen Angehörigen angeworben worden, die der DKP, der KPD oder den K-Gruppen angehörten. Etwa 20% waren Parteimitglieder, meistens der SPD und der Grünen. So war die Friedensbewegung im hohen Maße vom MfS unterwandert. Hinzu kamen die aus der DDR mit falschen Biografien ausgestatteten Personen, von denen 1989 circa 450 enttarnt wurden.

Bei der Enttarnung durch die Bundesanwaltschaft spielt die Rosenholz-Datei mit den Klarnamen von rund 300.000 MfS-Agenten und die SIRA (System Information und Recherche der Aufklärung) mit den verschlüsselten Berichten aller MfS-Agenten eine bedeutende Rolle.

Über „Spitzenquellen“ waren das MfS und der KGB z.B. hervorragend über die NATO und deren Pläne informiert. Unverständlicherweise ließ der letzte Verteidigungsminister der DDR, Rainer Eppelmann, mit Hilfe von Ministerpräsident Modrow und Innenminister Diestel wichtige MfS-Akten vernichten.

Von Beginn an bildete das MfS Terroristen in der DDR und vor allem auch in den arabischen und nordafrikanischen Staaten zu „Vernichtungsingenieuren“ aus. Trotz so genannter Entspannungspolitik wurden zur Destabilisierung der Bundesrepublik „tschekistische Einsatzgruppen“(!) für diese „Spezialkampfführung“ ausgebildet.

Eines der erfolgreichsten Gebiete der Westarbeit des MfS war die Wirtschaftsspionage, doch hinkten die Berichte und deren Verwertung der rasanten technologischen Entwicklung im Westen hinterher.

Sicher ist, dass es dem MfS und der Politik der SED gelang, wesentliche westdeutsche Funktionsträger in Politik und Medien auf die DDR-Position einzuschwören. Aber es gelang nicht, den totalen Zusammenbruch der DDR zu verhindern.

Professor Meinl wies gesondert auf die Rolle der VP hin. Viele Erstkontakte liefen über die Abschnittsbevollmächtigten, die Westbesucher zu Informationsgesprächen einluden und die Berichte an die STASI weiterleiteten. Ferner gibt es zahlreiche an die VP gerichtete Denunziationsbriefe über DDR-Besucher in der Bundesrepublik. Unzählige VP-Berichte über Personen und deren menschliche Schwächen wurden bei der STASI gefunden. Doch muss leider Folgendes festgestellt werden: Während die Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS gut vorangeht, ist diese bei SED, VP und Armee leider vernachlässigt worden. (wso)

Exkursion: Natur- und Landschaftsschutz im Konflikt mit wirtschaftlichen Interessen am Beispiel des Biosphärenreservats Rhön
Prof. Dr. Ernst-Albert ARNDT, Rostock

Als Vorbereitung wurde den Tagungsteilnehmern auf zwei Übersichten die Nomenklatur relevanter naturgeprägter Begriffe (Biosphärenreservat, Biosphäre, Biom, Biotop, Naturschutzgebiete, Nationalparks, Landschaftsschutzgebiet, Naturparks) und die Geographie und Geologie der Rhön näher gebracht.

Wichtigste Gründe für den Schutz der Rhön war die Tatsache, dass sich die Hohe Rhön mit ihren seit 1 000 Jahren genutzten Hochweiden, die sich nach Rodungen der Wälder nach den so genannten Wüstungen ohne Melioration bildeten, der weiträumigen Wiederbewaldung und dem „Schutz“ größerer Flächen durch den Truppenübungsplatz (Wildflecken) zu einem ausgesprochen artenreichen Biom entwickelte. Die Rhön mit ihren naturnahen Bewirtschaftungsformen stellt so ein relativ intaktes Refugium für etwa 20 000 Tierarten und viele seltenen Pflanzenarten dar.

Mit einem Besuch des Informationszentrums „Haus der Schwarzen Berge“ in Wildflecken-Oberbach und der kurzen Wanderung auf die Wasserkuppe sammelten die Tagungsteilnehmer wertvolle Informationen und Belege für das o.g. Thema. (eaa)

Kampf der Kulturen ?

Die Thesen des Harvard-Professors Huntington

Karl WOCKENFUSS, Holzminden

Die Geschichte ist nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall des sowjetischen Imperiums nicht stehen geblieben. Vielmehr haben sich in dem entstandenen Vakuum alle Kräfte der Welt dramatisch neu formiert. Der 11. September hat dies bewusst gemacht.

Nach Huntington haben sich sieben große Kulturkreise herausgebildet: China, Indien, Japan, die russisch-slawisch-orthodoxe Welt, die islamische Welt, Lateinamerika und der Westen. Die Konflikte der Zukunft würden hauptsächlich zwischen ihnen ausgetragen werden.

Unter „Kultur“ versteht er die tief im Menschen verwurzelten Zusammengehörigkeitsgefühle, vor allem Religion, Werte und Traditionen. Er stützt sich auf eine Fülle historisch-politischer Fakten und wissenschaftlicher Untersuchungen.

Die USA sind die stärkste Macht, doch holt Asien, und dort vor allem China, enorm auf. Huntington meint: China und die islamische Welt werden eines Tages den Westen feindlich herausfordern. Ein Beispiel für ethnisch-religiöse Konflikte zwischen drei Kulturkreisen war der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien.

Huntington stellt die Kulturkreise ausführlich vor. Der Referent wies auf aktuelle Konflikte und Annäherungen hin: Indien - Pakistan, Mittelasien - Kaukasus - Kaspisches Meer, Papst - Orthodoxe Kirche, „Russlands Weg nach Westen“. Die westliche Wohlstandsgesellschaft zeigt Zerfallserscheinungen. Wird sie ihr Erneuerungspotential rechtzeitig aktivieren können?

Huntington, ebenso z.B. der Göttinger Professor Bassam Tibi und Henry Kissinger, wollen natürlich Frieden, sagen aber deutlich, dass man zuvor

die Realität der Konflikte ansprechen und dann politische Macht- und Gleichgewichtsstrukturen mit Gleichgesinnten aufbauen muss. In der islamischen Welt müssen wir Gemäßigte und Fundamentalisten unterscheiden, auch in Deutschland. (hwo)

Vortrag und Lesung:

Menschliche Katastrophen im Kommunismus

Dr. Friedrich-Franz WIESE, Ludwigshafen

Dieser sehr beeindruckenden Schilderung liegt das Buch von Patrick Lescot „Das rote Reich - Eine chinesisch-russische Familiengeschichte“ erschienen bei C. Bertelsmann, München, 2001, zugrunde. Patrick Lescot wurde in Tunesien geboren, war jahrelanger AFP-Korrespondent in Peking, schrieb Tatsachen nach ausführlichen Recherchen in den Archiven von KGB und Komintern und kannte drei der vorkommenden Personen des Berichts persönlich. Das Schicksal der Hauptperson ist stark verwoben in die politischen Ereignisse. Schon die Eltern geraten in die Mühlen der Revolution und überleben zum Teil nicht. Die Jugend bekennt sich zum Kommunismus, wird dennoch verdächtigt, eingesperrt, schwer maltrahiert. Es zeigt sich das ganze Panorama der aus den Fugen geratenen Welt. Der Machtgier, den Intrigen, dem Hass auf alles annähernd Bürgerliche ist freie Bahn gelassen. Die handelnden Personen bewahren sich übermenschliche Geduld, Standhaftigkeit und Treue. Die Leidenschaft dieser hochbegabten Idealisten scheint unbegrenzt, sie überleben viele endlose Jahre im Gulag.

Drei ausgewählte Passagen gaben beste Einblicke in die schlimmen Zeiten, die damals überstanden werden mussten, sowohl in Moskau oder Russland wie auch besonders in China. Die entsetzliche Schilderung des Hungersommers in China löste tiefste Betroffenheit der Zuhörer aus. Das ganze Ausmaß des menschenverachtenden, totalitären Systems im Osten ist selten so schauerlich und deutlich dargestellt worden.

Zum Schluss liest Wiese die Widmung: „Für Lisa“, die russische Frau der einzigen überlebenden Hauptperson. (muw)

Die Osterweiterung der EU am Beispiel Tschechiens

Armin ROSENBERGER

Der Referent, ehemaliger Offizier der Bundeswehr, ist seit vier Jahren Studienleiter des Heiligenhofs. Sein Vortrag stand ganz unter dem aktuellen Eindruck des Sudetendeutschen Tages, bei dem aus besonderem Anlass die Diskussion um die Benesch-Dekrete im Vordergrund standen. Von diesen Dekreten (früher einmal 143) sind heute noch zehn gültig. Die jahrelange Forderung der Sudetendeutschen und des Bundes der Vertriebenen nach Abschaffung der Dekrete haben eine besondere Brisanz erhalten. Der tschechische Ministerpräsident Milos Zeman vertritt den Standpunkt, die Benesch-Dekrete sollten als Bestandteil des EU-Beitrittsvertrages anerkannt und damit Bestandteil der Europäischen Rechtsordnung werden. Der Europäische Gerichtshof prüft zur Zeit ob diese Dekrete mit dem EU-Recht vereinbar sind. Das Europäische Parlament fordert am ausdrücklichsten von allen Institutionen die Abschaffung der Benesch-Dekrete. 3,5 Mio. vertriebene Sudetendeutsche und etwa fünfzigtausend heute noch in Tschechien lebende Deutsche fallen unter diese von der Mehrheit der Sudetendeutschen als Unrecht empfundenen Dekrete,

Diskussionsfragen:

Welche Parallelen gibt es zu Polen (Bierut-Dekrete)? Gibt es Vergleiche mit den Verfahrensweisen in der früheren DDR? Was geschah mit den Straftätern vor dem Straffreiheitsgesetz 1946 im März in der Tschechoslowakei, welche bewusst aufgehetzt wurden: "Schlagt die Deutschen, tötet sie, lasst niemand leben!" Wer ist vor dem EU-Beitritt zuständig für die Beseitigung der Unrechtsgesetze? Welche Haltung nimmt Vaclav Havel ein? Forderung eines Protestmarsches zum Europäischen Gerichtshof.

(rkr)

VERS-Tagung 25.-27.Oktober 2002, Kühlungsborn

Die alljährlich in Mecklenburg-Vorpommern stattfindende Herbst-Veranstaltung des VERS stand unter dem Motto „Das Mare Balticum und Entwicklungen in Mecklenburg-Vorpommern“

Fremdheit überwinden - Unterschiede fruchtbar machen

Albrecht KURBJUHN, Kühlungsborn

Albrecht Kurbjuhn ist seit 1993 Inhaber und Leiter des Hotels „Polar-Stern“, in dem die VERS-Herbsttagung stattfand. Er ist Mitarbeiter der Arbeitsgruppe der Evangelischen Akademie.

Bei seiner Vorstellung schilderte der Referent die vielfältigen Stationen seines Lebens: In Kassel geboren - im Kindesalter Umzug nach Helsinki - vom 6.-14. Lebensjahr Schulzeit in Boston - anschließend sechs Jahre auf Zypern - danach nach Montreal. Hier begann er sein Studium der Politik-Wissenschaft. Im türkischen Teil Zyperns lernte er seine spätere Frau kennen, mit der er nach Wiesbaden zog. Nach jahrelangem Aufenthalt im Ausland und vorwiegend amerikanischer Denkweise erfolgte für ihn ein völliges Umdenken. Ostdeutschland war ihm absolut unbekannt, „ein weißer Fleck auf der Landkarte“.

Nach dem Mauerfall siedelte Albrecht Kurbjuhn 1991 nach Ostdeutschland um und ließ sich 1993 als Hotelier in Kühlungsborn im „Polar-Stern“ nieder. Seine Mitarbeiter suchte er sich in der näheren Umgebung. Bei der Integration in ein neues soziales Umfeld hatten die Kurbjuhns keinerlei Berührungsängste. Es gab keine Kommunikationsschwierigkeiten, nur unwesentliche interkulturelle Verständigungsprobleme.

Neun Jahre nach der Existenzgründung hat er Erfolge zu verzeichnen. Sein Bemühen „Fremdheit überwinden“ ist belohnt worden. Hilfreich für ihn ist seine aktive Mitarbeit in der Arbeitsgruppe der Evangelischen Akademie. Gespräche und Begegnungen in Seminaren mit Ost-West-Beteiligung beeinflussen positiv das Auflösen des Reformstaus. Ein weiteres Seminar ist geplant.

(csa)

Die EU-Osterweiterung unter besonderer Berücksichtigung des Ostseeraumes

Andreas BAUMER

Institut für Politik und Verwaltungswissenschaften, Rostock

Einleitend wurde ein kurzer Überblick über die Entstehung der EU gegeben. Die wichtigste Grundlage sind die römischen Verträge von 1958, in denen sich die Benelux-Staaten, Deutschland, Frankreich und Italien zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammenschlossen. Erst nach 13 Jahren traten England, Irland und Dänemark bei. Nach weiteren 12 Jahren erfolgte die so genannte Süderweiterung mit Spanien, Portugal und Griechenland. 1996 wurde mit der Norderweiterung, dem Beitritt Schwedens und Finnlands, sowie Österreichs, der jetzige Stand mit 15 Mitgliedern erreicht. Nach dem Ende des sowjetischen Herrschaft erklärten zahlreiche osteuropäische Länder, alte (z.B. Polen) wie auch neue (z.B. Slowenien), ihren Beitrittswillen.

Grundsätzlich ist die EU zur Aufnahme aller europäischen Staaten bereit, stellt aber zur Bedingung, dass die drei Grundlagen der Union anerkannt bzw. erfüllt werden. Das sind 1. ein Regierungssystem mit einem Rechtsstaat auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage; 2. ein Wirtschaftssystem auf Basis der Marktwirtschaft; 3. ein administratives System, in dem für die gesamte EU geltende Verordnungen übernommen werden. Unter diesen Voraussetzungen werden derzeit mit 10 neuen Beitrittskandidaten Verhandlungen nach dem so genannten „Regatta-Prinzip“ geführt, d.h. es gibt Einzelverhandlungen, und der Beitrittstermin richtet sich danach, wann die „Ziellinie“ erreicht ist. So werden z.B. für Polen, Tschechien, Slowenien die Aufnahmen bereits 2004 angestrebt, während z.B. Bulgarien und Rumänien kaum von 2007 aufgenommen werden dürften. Eine Hauptschwierigkeit ist der geringere Lebensstandard, was unmittelbar mit der geringeren Produktivität in Industrie und Landwirtschaft zusammenhängt. So sind in Polen 20% der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, erbringen aber nur 4,8% der Gesamtproduktion des Landes. Wegen Änderung solcher Wirtschaftsstrukturen werden in den Verträgen langfristige Übergangsregelungen vereinbart.

Durch den Beitritt der drei baltischen Staaten wird fast die gesamte Ostsee von der EU umgeben sein, was sicher die wirtschaftliche Entwick-

lung dieses Raumes fördern wird. Ein besonderes Problem stellt die russische Exklave um Kaliningrad dar, die dann durch die EU vom Mutterland getrennt sein wird, hier müssen noch Vereinbarungen über einen erleichterten Transitverkehr getroffen werden. (jvö)

Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Gudrun HEINRICH,

Institut für Politik und Verwaltungswissenschaften, Rostock/Stralsund

Der Vortrag war in drei Bereiche gegliedert:

- Elemente der rechtsextremistischen Ideologie
- Erscheinungsformen des Rechtsextremismus
- Aktions- und Mobilisierungsformen

Grundlage des Rechtsextremismus ist wohl die Vorstellung von der Ungleichheit der Menschen, wobei propagiert wird, dass es nur ein gültiges Menschenbild gibt, möglichst nur ein Volk als zentrale, genetisch bestimmte Gemeinschaft. Darauf beruhen die europaweiten antiindividuellen und fremdenfeindlichen Grundeinstellungen, verbunden mit einem Wohlstandschauvinismus. Man ist aggressiv gegen sichtbare Minderheiten oder Lebensstile, dazu gehören neben Ausländern auch Penner und Schwule. Ethnopluralismus wird negiert und bekämpft. Viele Rechtsextreme glauben, dass Minderheitsangehörige schuld sind an der Arbeitslosigkeit, sie neigen zu Autoritarismus und völkischem Nationalismus und knüpfen an die NS-Zeit an mit einem Pronazismus, um Aufmerksamkeit zu erregen.

Die Referentin zitiert Udo Vogt, den Anführer der NPD mit seinem „Kampf um die Köpfe und die Straße“. Um Verboten zu entgehen, propagiert Vogt Kameradschaftscliquen ohne Form, von denen es bundesweit etwa 150 mit neonazistischer Grundhaltung gibt und die antisemitisch und fremdenfeindlich auftreten. Die NPD bietet in Mecklenburg-Vorpommern auch Schulungen an, unterstützt Schülerfeten und Nachbarschaftstreffen mit geselligem Charakter und fördert Jugendcliquen. So ist ein jugendkulturelles Phänomen aus Provokation gegen „Gutmenschen“ entstanden, das modisch und demokratiefeindlich ist. Eine eminent wichtige Rolle spielt auch die Musik, sie ist Mobilisierungsmittel für

die Jugend und gleichzeitig ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Ein für diese Szene wichtiger Faktor ist die Kleidung mit ausgewählten Marken wie LINDALE, Club 18 oder 88. Bevorzugt werden Markenbezeichnungen so getragen, dass z.B. nur NSDA sichtbar werden. Die Zahlen 18 oder 88 stehen für die Buchstabenfolge AH bzw. HH (Adolf Hitler oder Heil Hitler). Solche und ähnliche verborgene Provokationen sind nicht zu belangen und stärken das Selbstbewusstsein der Jugendlichen.

Als Gegenmaßnahmen müssen Aufklärung und Bildung verstärkt und bessere Ausbildungschancen für Jugendliche geboten werden. Nur so kann man Gegenmaßnahmen zur Demokratiefeindlichkeit dieser Gruppe entwickeln.

(muw)

Die Ausländerproblematik in Rostock und die Lichtenhagener Prozesse

Dr. Wolfgang RICHTER, Ausländerbeauftragter der Hansestadt Rostock

Zu Beginn wurde kurz die Entwicklung der Krawalle im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen skizziert, bei denen es zu bürgerkriegsähnlichen Gewalttätigkeiten, zunächst gegen Asylsuchende vor der zuständigen Meldestelle, später aber auch gegen vietnamesische Bewohner des Nebenhauses und ein Reporterteam des ZDF kam.

Trotz vorausgegangener Warnung wurde die Situation von den Behörden unterschätzt und im Verlauf der Ereignisse unprofessionell gemangelt. „Ein Gemisch aus Alltagsrassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ bei den Akteuren, sowie bereitwilliges Geschehenlassen bei den anfeuernden Zuschauern eskalierten den Exzess und führten zu einer weltweiten Stigmatisierung von Rostock-Lichtenhagen.

Wie reagierte die Stadt in der Folgezeit? Die rechte Szene wurde in Schranken gehalten. Das Asylantragsverfahren wurde aus dem Wohnviertel an den Stadtrand verlegt und verbessert. Politische Verantwortungsträger bemühten sich um gelebte Vorbildfunktion. Ausländer wurden partnerschaftlich in politisch-kommunale Arbeit einbezogen. Die Vietnamesen gründeten einen Migrantenverein und der Ausländerbeirat intensivierte seine Arbeit. So wurden Projekte zur beruflichen und

sprachlichen Förderung eingerichtet und interkonfessionelle Aktivitäten gefördert.

Der Strafprozess gegen die Täter von Lichtenhagen mit der Anklage auf versuchten Mord erfolgte erst zehn Jahre später und endete mit relativ milden Urteilen, die zudem noch zur Bewährung ausgesetzt worden.

In der anschließenden Diskussion wurde die Meinung vertreten, dass Politiker eine mögliche Instrumentalisierung der Krawalle durch die Politik erwogen hatten, um damit Druck auf Änderungsbestrebungen des Asylrechts im Grundgesetz auszuüben zu können. Diese Vorstellung des Referenten stieß zum Teil auf heftige Kritik und wurde als Unterstellung empfunden. Um eine Aufklärung wurde dringend gebeten. Der Referent hat jetzt (8.1.2003) die gewünschten Belege für die Aussage eines Politikers erbracht. (Vorlage bei Dr. Bernitt) (küb)

Hilfsgütertransporte in die Ukraine

Ein Bericht über Erlebnisse, Erfahrungen und Entwicklungen

Helge MELMS, Schorrentin

Die Hilfsgütertransporte wurden getätigt nach einem Aufruf der Bundesregierung im Frühherbst 1990 infolge der ökonomischen und sozialen Krise in der Sowjetunion. Sie erfolgten im gegebenen Fall durch das DRK im Landkreis Soltau-Fallingb. mit breiter Unterstützung aus allen Bereichen der Bevölkerung. Das gesamte Vorhaben basierte auf einer gründlichen Erkundung im ausgewählten Zielort Kovel, ca. 120 km südöstlich von Brest, in der Westukraine. Kovel war ausgewählt worden, weil die 75.000 Einwohner-Stadt im Kriege zu 95% zerstört wurde und 36.000 Tote zu beklagen hatte.

Zielgruppen waren vor allem das Krankenhaus, unterschiedliche Heime (Alte, Waisen, Behinderte, Kinder, Pflegebedürftige usw.) Es erfolgten insgesamt fünf Transporte mit knapp 150 t Hilfsgüter für über 1 Million DM. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um Bekleidung, Versorgungsartikel aller Art für das Krankenhaus mit angeschlossenen Fachkliniken, Behindertengerät, Lebensmittel und Einrichtungsgegenstände.

Aus den ersten Begegnungen und Hilfsleistungen entwickelten sich Kontakte bis in die Gegenwart. Dazu gehörten ein Gegenbesuch einer 50-köpfigen Delegation aus Kovel im Landkreis Soltau-Fallingb., Kon-

zertbesuche eines Folklore-Chores in Niedersachsen und nun schon zum zehnten Mal ein vierwöchiger Sommerferienaufenthalt für 50 Kinder in Familien des Landkreises sowie wachsende private Familienkontakte. Nach anfänglicher Skepsis und Distanz stellten sich unerwartet rasch Aufgeschlossenheit und gute Zusammenarbeit in Kovel ein. Die Hilfsgütertransporte wurden als das angenommen, was sie sein sollten: Ein deutliches Zeichen der Hilfsbereitschaft, der Ermutigung und des Verständigungswillens. Die Transporte waren ihren Einsatz wert. Neben dem im Vordergrund stehenden humanitären Aspekt, hatte aber auch der politische sein Gewicht.

Helge Melms war 1957-1986 Soldat der Bundeswehr. Von 1986 bis 1994 Kreisgeschäftsführer beim Deutschen Roten Kreuz und Landesgeschäftsführer „Die Johanniter“. Ab 1994 ist er Landwirt in Mecklenburg.

(dms)

Die Entwicklung der Hansestadt Rostock - Probleme und Entwicklungstendenzen

Sebastian SCHRÖDER, Rostock

Der Referent skizzierte eingangs seinen beruflichen Werdegang: 1992 Leiter des Büros des Vorsitzenden der SPD-Fraktionen in der Bürgerschaft der Stadt Rostock. 1993 Kanzler der Hochschule für Musik und Theater. Seit August 2001 Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung.

Die wirtschaftliche Lage der Stadt stellte der Referent als zwar Problem beladen, aber doch durchaus hoffnungsvoll dar. Die Arbeitslosenquote liege bei 16,8 %. Der Verwaltungshaushalt habe erstmals 2001 nicht mehr ausgeglichen werden können. Das Defizit belaufe sich zur Zeit auf 47 Mio. Euro; in 2003 werde es noch höher sein. Mit Umverteilung allein könne ein Ausgleich nicht mehr herbeigeführt werden. Vielmehr müsse die Stadt versuchen, ihre Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu erhöhen. Auch um Einsparungen werde sie nicht herumkommen.

Die Standortfaktoren Rostocks seien günstig: Die Autobahnanbindung Rostocks durch die A 20 mit Zubringer nach Warnemünde, den Überseehafen, den Flughafen Laage mit täglich zweifacher Direktflugmöglichkeit nach München und die in den letzten Jahren optimierten inner-

städtischen Straßenführungen, z.B. das Schutower Kreuz. Der Warnowtunnel werde das erste Maut finanzierte Verkehrsprojekt Deutschlands sein.

Weitere Standortfaktoren seien die Universität, die Hochschule für Musik und Theater, das Max-Planck-Institut und diverse Gründerzentren und Zentren für Laser-, Medizin- und Kommunikationstechnik, ferner der Sport (Hansa Rostock) und der Tourismus (Seebad Warnemünde mit Hanse-Sail). Rostock hoffe auf den Erfolg seiner Bewerbung für Olympia 2012 (Segelregatten). Die Internationale Gartenbauausstellung (IGA) 2003 verspreche, ein Höhepunkt zu werden. Die Nachnutzung des Geländes werde zur Aufwertung der Wohngebiete Schmarl und Groß-Klein führen. Die dort entstehende Messehalle solle den Ruf Rostocks als Messestadt festigen. Die Verbesserung der Wohnqualität im Stadtzentrum und in den übrigen Neubaugebieten werde durch Wohnumfeldprogramme des Bundes unterstützt. Auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung sei es in letzter Zeit gelungen, die Firmen Liebherr, Caterpillar und Sunseeker in Rostock anzusiedeln.

Am Ende verwies der Referent noch auf eine besondere Problematik: Rostock sei neben einigen kreisfreien Städten die einzige Großstadt im Land. Überwiegend sei das Land jedoch landwirtschaftlich strukturiert. Das spiegelt sich in der Zusammensetzung des Landtags wider, der durch die Abgeordneten der ländlichen Kreise dominiert sei. Man könne nicht erwarten, dass diese bei ihren parlamentarischen Entscheidungen, z.B. über Fördermaßnahmen, stets das volle Verständnis für die Belange einer Großstadt aufbrächten. Deshalb sei die Idee von Interesse, die bisherigen Kompetenzen der Kreise und kreisfreien Städte künftig auf vier Regionen zu übertragen.

Die Ausführungen des Referenten lösten eine lebhafte Diskussion aus, ganz besonders zum Thema „Vier-Regionen-Modell“. Einige Teilnehmer sahen hierin die unnötige und gefährliche Aufgabe der in Jahrhunderten bewährten kommunalen Selbstverwaltung und eine weitere Schädigung des Identitätsbewusstseins der Bürger. Geradezu erschreckend sei aber, wie dieser Plan von der Öffentlichkeit, besonders auch von den Medien, fast lethargisch aufgenommen worden sei.

Ein ausführliches Protokoll zu diesem Referat kann bei Peter Moeller angefordert werden.

(jhe)

Die Ostsee als Welterbe für die Lebensmittelversorgung

Prof. Dr. Armin LINDQUIST, Lysekil /Schweden

Armin Lindquist wurde in Riga geboren, verlebte den größten Teil seiner Jugend in Deutschland und begann sein Biologiestudium in Rostock. Nach sensationeller Flucht über die Ostsee (1949) beendete er das Studium in Schweden. Dort wurde er später der international anerkannte Direktor des Instituts für Meeresforschung in Lysekil, an dem er noch heute als Senior arbeitet.

Einleitend ging der Referent auf die neun verschiedenen Küstenkulturen um das Mare Balticum ein. In diesem Raum ist bereits die Kurische Nehrung mit ihrem natürlichen Ökosystem als Welterbe der Menschheit anerkannt worden. Weltweit sind bisher über 700 Naturstätten oder Naturgebiete wegen ihres außergewöhnlichen Wertes als geschützte Objekte registriert. Dabei kann es sich um Kulturerbe, um natürliche Ökosysteme oder um ein Gemisch beider Werte handeln. So könnte man sich auch die Ostsee als Ressource der Lebensmittelversorgung als ein Welterbe der Menschheit denken.

Weltweit schreiten Bodenverluste und -verschlechterungen ebenso wie die Überfischung der Meere fort. Die Ostsee, das ca. 10.000 Jahre alte größte Brackwassermeer der Erde, ist ein wichtiges natürliches Produktionsgebiet mit 700 bis 900.000 Tonnen Jahresertrag. Diese Größe kann auf Dauer nur gehalten werden, wenn zwingende Maßnahmen ergriffen werden. Der notwendige Wasseraustausch mit der Nordsee zur Generierung der Bestände muss beachtet werden. Eine gemeinsame Fischereipolitik und Verwaltung der Fischbestände wird nach der Osterweiterung der EU durch die Fischereikommission (Warschau) möglich werden. Nur mit Russland wäre dann noch separat zu verhandeln. Gleiches gilt dann für Verschmutzung der Ostsee durch die Zuflüsse (Helsinki-Kommision). Unter diesen Voraussetzungen wäre ein dauerhafter Ertrag von 1 Mio. Tonnen Fisch realisierbar. Nach der langfristigen über Jahre andauernden Rekonstruktion der Fischbestände könnten die etwa 85 Millionen Menschen, die im Einzugsgebiet leben, von dieser Ressource profitieren.

(epb / pwa)

Das Institut für Atmosphärenphysik - Ein Beispiel für moderne Organisation von Forschungsschwer- punkten im Bereich der Universität Rostock

Prof. Dr. SCHMITZ, Kühlungsborn

Am Sonnabendnachmittag stand der Besuch des Leibniz-Instituts für Atmosphärenphysik e.V. (LIA) im Programm. Hier sollten die Entwicklung der Forschungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern besonders im Raum Rostock nach dem Zusammenbruch der DDR demonstriert und ein Eindruck über die Leistungsfähigkeit eines An-Instituts der Universität Rostock vermittelt werden.

Das LIA stellt seit 1992 als Forschungseinrichtung der so genannten Blauen Liste eine selbstständige Einheit für die Forschung von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem, wissenschaftlichem Interesse dar. Es gehört mit dem Institut für Ostseeforschung in Warnemünde und dem Institut für Organische Katalyseforschung in Rostock zu den An-Instituten der Universität Rostock, wobei die Professoren dieser Einrichtungen in den Lehrbetrieb der Universität und der akademischen Weiterbildung von Wissenschaftlern integriert sind. Ende 1997 wurde die „Blaue Liste“ in die „Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz“ umbenannt.

Der Besuch wurde ein Höhepunkt der Tagung. Professor Schmitz vermittelte einen sehr guten Überblick über die Historie, über die gegenwärtigen Aufgaben und über die Struktur dieses international renommierten Instituts. Er wies auch auf die Außenstation auf Rügen (Juliusruh) und auf die Beteiligung am Betrieb des geophysikalischen Observatoriums ALOMAR am Rande der Arktis auf der Insel Andoya in Nordnorwegen hin. Selbst die Physik-Laien - die wir ja mehr oder weniger alle waren - bekamen einen Eindruck von den Arbeiten des LIA vorwiegend in der mittleren Atmosphäre im Höhenbereich von 10-100 km; ein Bereich, der wahrscheinlich an Umweltveränderungen auf der Erde beteiligt ist und deshalb in den letzten Jahren mehr und mehr in den Vordergrund des Interesses gerückt ist. Die hochmodernen aktiven Fernerkundungsmethoden wie Radar und Lidar (Light Detection and Ranging), die für deren Einsatz notwendige hohe Rechentechnik und viele weitere Einrichtungen wurden anschließend den Teilnehmern von Wissenschaftlern des Hauses demonstriert.

(eaa)

Urbanisierung im Ostseeraum in der Neuzeit

Prof. Dr. Kersten KRÜGER, Historisches Institut, Rostock

Vorbemerkung - wie ich nach Rostock kam:

Meine Mutter studierte gegen Kriegsende in Rostock Medizin. Sie wechselte nach Göttingen in der Annahme, dass diese Stadt nicht so stark bombardiert wird. Deshalb gehe ich mit gutem Gewissen durch Rostock. Wenn mich jemand fragt, sage ich aus dem genannten Grund: „Na, wer hat denn hier die älteren Rechte?!“ Im Januar 1990 kamen Rostocker Studenten nach Hamburg. Sie warben mich für Geschichte. Es wurde gesagt, dass von den alten Historikern nach der Akteneinsicht keiner bleiben wird. Ich ging aus nationaler Pflicht nach Rostock. Aus dem Westen kamen keine Übermenschen, sondern ganz normale Menschen mit Fehlern und Mängeln, zu denen auch ich mich rechne

Das Fach Geschichte war nicht nur in politischer Hinsicht erneuerungsbedürftig, sondern auch aus der Sicht der methodischen Innovation im Bereich von Multimedia und Datenverarbeitung. In Rostock fanden sich dafür aufgeschlossene Partner.

„Städtesystem und Urbanisierung im Ostseeraum“ ist ein Projekt, das gemeinsam mit der Hochschule Wismar betrieben wird. Das zur Verfügung stehende und neu erarbeitete Material wurde von Anfang an auf Internetseiten gestaltet und wo dies möglich war - durch Videoclips ergänzt (www.uni-rostock.de/Historisches Institut/Multimediateprojekte). Das erlaubt, jederzeit Veränderungen vorzunehmen, um den neuesten Stand der Forschung zu berücksichtigen und im Internet bekannt zu geben. Diese methodische Innovation soll vor allem an die jüngere Generation weitergegeben werden. Das Projekt besteht aus zwei Abteilungen, dem Informationssystem und der Stadtforschung.

Auszüge aus dem Infosystem über den Ostseeraum wurden vorgeführt. Anhand der entsprechenden Internetseiten wurde das schwedische Stadtbauprinzip an den Beispielen Helsinki und Göteborg demonstriert.

Der Ostseeraum war früher eine Einheit. Vor allem das schwedische Ostseereich spielte eine wichtige Rolle für Politik, Kultur und Gesellschaft. Diese Einheit im 21. Jahrhundert wieder herzustellen ist nicht einfach, aber auch nicht unmöglich. Die schwedische Sicherheitsphilosophie basierte auf dem Bau von Festungen, verbunden mit Städtegründungen und Städteaufbau (frühes 17. und 17./18. Jh.). Die Städtezahl

stieg von 61 auf über 90. Helsinki und Göteborg sind Beispiele schwedischer Gründungen. Im dänischen Reich liefen dieselben Vorgänge ab. Die Gesellschaft sollte modernisiert werden, weg von zu viel Agrararbeit und hin zu mehr Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft. Die Städte hatten einen schachbrettartigen Grundriss, umgeben von Mauern mit Türmen (Festungswall). Im Innenstadtbereich wurden Rathaus und Kirche ergänzt. Die Schweden erfassten ihre Städte sehr gründlich durch Landvermessung, Anzahl der bewohnten Grundstücke, Bewohnerzahl, Arten der ausgeübten Berufe, Namen, Adresse, Status (z.B. Mieter oder Eigentümer des Hauses). Danach wurden entsprechend Steuern erhoben. Mit Hilfe dieser Überlieferungen war es möglich, eine Sozialtopografie der Städte anzufertigen, z.B. nach Berufsgruppen, Einzelberufen, Verteilung über die Stadt u.s.w. Es folgten eine Tonbandaufzeichnung und ein Videoclip, mit denen die damaligen Berufsausübungen verdeutlicht wurden. (gal)

Wanderungsbewegungen in Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Reiner DINKEL, Institut für Soziologie u. Demographie, Rostock

„Es soll in 20 bis 30 Jahren niemand sagen, er habe es nicht gewusst!“

Zu Beginn ein Überblick über die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern sowie von Verschiebungen in der Alterspyramide:

Am 1. Januar 2000 gab es in MV in der Altersgruppe bis 55 Jahre einen Männerüberschuss, ab 70 Jahre einen Frauenüberschuss. Der Problembereich ist die Altersgruppe um 25 Jahre. Infolge der sozialpolitischen Maßnahmen in der DDR in den siebziger Jahren sind in dieser Altersgruppe viel mehr junge Erwachsene vorhanden als in Gesamtdeutschland. Daraus folgten ab 1976 bis etwa 1986 hohe Geburtenzahlen. Danach kam es zum Rückgang, besonders ab 1990. Das Minimum wurde 1994 mit weniger als 4000 Geburten erreicht. Im Jahr 2000 gab es einen Anstieg auf etwa 12000 Geburten. Im Ost-West-Vergleich gab es um die Jahrtausendwende 0,7 Kinder pro Frau in Ostdeutschland und 1,3 Kinder pro Frau im westlichen Teil, hier vor allen von ausländischen Frauen.

Das sich anbahnende zentrale Problem für Gesamtdeutschland ist der Arbeitsmarkt: In zehn Jahren wird es dringenden Bedarf an Arbeitskräften geben, d.h. ausländische Arbeitskräfte werden gebraucht werden. Da es in Europa kein Land mit einer kontinuierlichen Geburtenrate gibt, werden überall die Arbeitskräfte knapp werden. Der Lehrstellenmangel wird sich in zehn Jahren erledigt haben. Unsere jetzigen Schulen sind für eine dreifache Schülerzahl ausgestattet.

Zu den Studentenzahlen: In Westdeutschland nehmen sie seit zehn Jahren ab. Die dortigen Universitäten kämpfen teilweise um Studenten. Anders in Ostdeutschland: Für die nächsten zwei bis drei Jahre wird noch ein Anstieg erwartet. Danach wird es zu mehr als einer Halbierung der Studentenzahlen kommen.

Zu den Wanderungsbewegungen: Unmittelbar nach der Wende verließen ca. 400.000 jungen Menschen pro Jahr die ostdeutschen Länder. Bis 1993/94 kam es dann zu einem Nachlassen der Ost-West-Wanderungen, dafür zu einem Anstieg der Einwanderung von West nach Ost. Ab 1995 stiegen die Fortzüge wieder an und erreichten im Jahr 2001 die Zahl 43.017, darunter zunehmend Frauen. Es kamen aber nur wenige Frauen von West nach Ost. Aus MV gehen die jungen Leute bevorzugt nach Hamburg und Umgebung sowie nach Baden-Württemberg und Bayern. Lediglich die Landkreise NW-Mecklenburg und Ludwigslust verzeichnen eine positive Zuwanderungsrate, bedingt durch die Nachbarschaft von Lübeck bzw. Hamburg. Dafür ist der Erwerb von relativ billigem Bauland verantwortlich.

1990 Weggang vor allem der 20-Jährigen, dasselbe noch einmal ab 1996 bis 2001 (18 bis 22-Jährige). 7% der in MV Lebenden verlassen pro Jahr das Land. Für Problemlösung ist wichtig festzustellen, aus welchen Landkreisen die Leute weggehen: Greifswald und Rostock verlieren die meisten Menschen. Es fehlen die wissenschaftlich-technischen Zentren, die eine Zukunft bieten könnten.

Prognose zur Entwicklung der Altersstruktur, wenn die Abwanderung in Mecklenburg-Vorpommern so bleibt: Ab 2050 nur noch über 50-jährige - ab 2080 nur noch 70 bis 90-Jährige. Die einzig mögliche Alternative dazu besteht in der Förderung der Zuwanderung von West nach Ost durch Ansiedlungspolitik.

(gal)

VERS-Regionaltreffen in Rostock am 30.11.2002

Nach einjähriger Unterbrechung durch die Feier zum 50. Todestag von Arno Esch trafen sich die VERS-Freunde zur traditionellen Advents-Veranstaltung im neu gestalteten Ratskeller. Über 60 Teilnehmer begrüßten besonders herzlich den neu gewählten Rektor, Magnifizienz Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel, der sich bereitwillig für einen Vortrag über die Perspektiven und Probleme der Universität Rostock zur Verfügung gestellt hatte. Die positiven Akzente durch die Sicherung der bisherigen Fakultäten und Institutsstrukturen, die erfreuliche Entwicklung der An-Institute, die Wiederaufnahme der Ausbildung von Zahnmedizinern, die inzwischen fertig gestellten Neubauten für die Biologie und Chemie einschließlich der Hörsäle, die im Bau befindliche Erweiterung der Medizinischen Fakultät oder die bald abzuschließende Konzentrierung der Juristischen und Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät in der Kröpeliner-Tor-Vorstadt standen ebenso im Vordergrund wie die Probleme der nahen Zukunft. Das betrifft besonders die Umsetzung der neuen Gegebenheiten des Landeshochschulgesetzes und damit verbundene Veränderungen der Leitungsstrukturen, die ökonomisch begründete, aber die Universität an die Grenze der Belastbarkeit treffende Reduzierung des Personals, die Konsequenzen auf Regierungsbeschlüsse hinsichtlich der Einführung der Junior-Professuren anstelle der Habilitationen, wobei die Universität Rostock probeweise damit beginnen will, und viele andere Probleme. Prof. Wendel stand auch in der anschließenden Diskussion freimütig Rede und Antwort.

Danach gaben Dr. Bernitt und Prof. Arndt einen kurzen Überblick über die VERS-Aktivitäten im Jahr 2002. Dr. Bernitt stellte die aktuellen VERS-Projekte vor. Prof. Meinl berichtete über die 2. Auflage „Streng vertraulich“ von Karl Wockenfuß und die Vorbereitung einer Dokumentation über die Rolle der Staatssicherheit an der Universität Rostock. Besonderes Interesse fand der Bericht von Dietmar Kausch zu seinen Arbeiten zur Dokumentation der politischen Verfolgung an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. (eaa)

Hartwig Bernitt zum 75. Geburtstag

Aus Anlass seines 75. Geburtstages hatte Hartwig Bernitt zu einem Empfang am 30. November 2002 im Rostocker Ratskeller geladen.

Über hundert VERS-ler, Universitätsangehörige, Verwandte und Freunde hatten sich eingefunden.

Nach einer Begrüßung durch den Jubilar ergriff Probst Henry Lohse von St. Petri in Rostock das Wort und bedankte sich für die gute Idee des Geburtstagskindes, statt zugedachter Geschenke doch für die Herstellung von Glocken für den Turm von St. Petri zu spenden. (Bis Anfang Januar 2003 kamen schon mehr als 2.400 Euro zusammen.)

Hartwig Bernitt wurde dann durch viele Beiträge gewürdigt. Karl Schröder berichtete über sein Leben für den VERS und griff auch auf die Anfänge der Tätigkeit des homo politicus Hartwig Bernitt während des Studiums 1949 - 1951 zurück, die ihn dann ja ins Lager Workuta brachte.

E. A. Arndt ließ als Leiter der Sektion Rostock des VERS das Wirken Bernitts in der jüngsten Vergangenheit lebendig werden.

In beeindruckender Weise würdigte der ehemalige Rektor der Universität Professor Gerhard Maeß das Engagement Bernitts für die Universität und hob besonders die Verdienste des VERS hervor, die in der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft Bernitts durch den Akademischen Senat Anerkennung gefunden haben.

Jürgen Maltzahn vom Bundesvorstand der Landsmannschaft Mecklenburg wies auf die besonders engagierte Tätigkeit Bernitts in der Landsmannschaft hin. Seit 2002 ist Bernitt der Vorsitzende der Landsmannschaft Mecklenburg.

Als Präsident des ersten Konzils der Universität erinnerte Professor Horst Pätzold an Bernitts Aktivitäten in diesem Gremium und an die gemeinsame Vorarbeit zur Anbringung der Esch-Gedenktafel 1990 im Foyer der Universität.

Professor Walter Wild, Präsident des Konzils, zog im besonderen das Jahr 1927 heran und stellte sehr humorvoll beziehungsreiche Verbindungen her.

Ein kulinarisches Buffet und Getränke nach Wunsch rundeten ein geselliges Beisammensein bis Mitternacht ab.

(sch)

Informationen aus der Universität Rostock

Wechsel an der Spitze der Universität Rostock

Das Konzil wählte am 29. Mai 2002 den Philosophen Prof. Dr. phil. Hans Jürgen Wendel zum neuen Rektor. In der langen Reihe der Geschichte unserer alma mater ist er der 904. Rektor. Er löst den seit 1998 amtierenden Mathematiker Prof. Dr. Günther Wildenhain ab.

Professor Wendel wurde 1953 in Ludwigshafen geboren und studierte an der FU Berlin und der Universität Mannheim Soziologie und Philosophie. Nach Promotion und Habilitation lehrte er an der Universität Kiel und an der Humboldt-Universität Berlin. 1992 nahm er den Ruf auf einen Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Rostock an, wurde 1996 Dekan der Philosophischen Fakultät und 2000 Mitglied des Akademischen Senats und des Konzils. Seit 1998 ist er auch Landesvorsitzender des Deutschen Hochschulverbands.

Die feierliche Amtseinführung, die Investitur, fand am 1. Oktober 2002 in der Marienkirche statt. An dem Festakt nahmen mehr als 1000 Gäste aus Politik, Wirtschaft und der Universität teil. In der unter dem Titel „Traditio et innovatio“ stehenden Antrittsrede betonte der neue Rektor, dass Bildung und Ausbildung nur in der Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre erfolgreich sein könne - ein Generalthema, das auch die Geschichte der Universität im 20. Jahrhundert widerspiegelt.

Vorher hatte der scheidende Rektor, Prof. Dr. Günther Wildenhain, einen Rechenschaftsbericht über seine Amtszeit vorgetragen. Er bekannte sich erneut zur Humboldtschen Idee der Universität und konnte darauf hinweisen, dass die Fächervielfalt erhalten und der Studiengang Zahnmedizin wieder eingeführt werden konnte. In diesem Zusammenhang sei vermerkt, dass der VERS allen Anlass hat, Altmagnifizienz Wildenhain für die gute Zusammenarbeit Dank zu sagen. Erinnerung sei u. a. an seinen Vortrag „Der Weg unserer Universität in das neue Jahrhundert“ auf unserem Seminar im September 2000 in Rostock und an seine Mitwirkung auf der Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der Hinrichtung unseres Kommilitonen Karl-Alfred Gedowsky am 20. März 2002 im John-Brinckman-Gymnasium in Güstrow.

Bereits eine Woche vor der Investitur fand ein ausführliches Gespräch des VERS-Vorstands mit dem neuen Rektor statt. Vom VERS nahmen daran teil: Hartwig Bernitt, Karl Schröder, Ernst-Albert Arndt und Gert Meinl. An Hand der bisher erschienenen zwölf VERS-Publikationen erläuterten der VERS-Teilnehmer die Aufarbeitung der Universitätsgeschichte für den Zeitraum 1945-1989 und schilderten die derzeit in Arbeit befindlichen Themen über die Dritte Hochschulreform und den Einfluss der STASI an der Universität. Thematisiert wurde auch die gute Zusammenarbeit des VERS mit dem Historischen Institut, insbesondere mit den Professoren Krüger und Müller, mit Professor Werz vom Institut für Politik und Verwaltungswissenschaften und dem im Herbst 1998 gegründeten Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer deutscher Diktaturen mit den Arbeitsstellen Rostock und Schwerin. Karl Schröder berichtete über die Mitwirkung des VERS bei der Gründung und laufenden Arbeit der Gesellschaft der Förderer der Universität. Zum Abschluss dieses von dem Bemühen um vertrauensvolle Zusammenarbeit getragenen Gesprächs baten die Vertreter des VERS den Rektor, daraufhin zu wirken, dass bei dem geplanten Umzug der Juristischen Fakultät in die ehemals großherzoglichen Kasernen in der Ulmenstraße ein Haus oder ein Lehrsaal nach Arno Esch benannt werden möge.

Auf einer zweiten Sitzung, am 8. Juli 2002, wählte das Konzil gemäß dem Vorschlag des Akademischen Senats und im Einvernehmen mit dem neu gewählten Rektor drei neue Prorektoren für die Amtszeit 2002 bis 2004, und zwar

- die Wirtschaftswissenschaftlerin Prof. Thusnelda Tivig für das Ressort Akademische Auslandsangelegenheiten und Personalentwicklung;
- den Physiker Prof. Gerd Röpke für Forschung, wissenschaftlichen Nachwuchs und Wissenschaftstransfer;
- den Juristen Prof. Detlef Czybulka für Studium, Lehre und Evaluation.

Frau Prof. Tivig stammt aus Rumänien, ging nach ihrem Studium nach Konstanz (Promotion) und kam über Erlangen (Habilitation) 1995 nach Rostock. Sie ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs und Gutachterin für die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Prof. Gerd Röpke stammt aus Quedlinburg, studierte und promovierte in Leipzig, habilitierte an der TU Dresden und kam 1977 als Dozent für

Theoretische Physik nach Rostock. 1990 erfolgte seine Berufung auf den entsprechenden Lehrstuhl, und von 1991 bis 1994 war er Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Prof. Detlef Czybulka stammt aus Oberschlesien, studierte in München, Genf und Augsburg. 1994 wurde er auf den Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Umweltrecht und öffentliches Wirtschaftsrecht an die Universität Rostock berufen. Seit 2000 ist er Dekan der Juristischen Fakultät. (be)

Neuwahlen im Konzil der Universität Rostock

Dem Konzil gehören 42 Professoren, je 14 wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten und sieben weitere Mitarbeiter an. Das Ende der Amtszeit machte eine Neuwahl nötig. Die konstituierende Sitzung des neuen Konzils fand am 6. November 2002 statt. Sie war verbunden mit der Neuwahl des Präsidiums, das aus dem Vorsitzenden und einem Stellvertreter besteht. Für beide Ämter kandidierte jeweils nur ein Bewerber bzw. eine Bewerberin. Zum Vorsitzenden wurde der bisherige Amtsinhaber und in Rostocker VERS-Kreisen wohlbekannte Prof. Dr. Walter Wild wieder gewählt. Da er Mecklenburger ist, passt also „dat bliwt allens bi'n Ollen“, ebenso passt übrigens auch seine sehr ruhige, unerschütterliche Amtsführung. Der VERS gratuliert mit guten Wünschen für die neue Amtsperiode. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde die Jurastudentin Ulrike Lehmann gewählt. (be)

Förderung der Medizinischen Fakultät

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) stellt für die nächsten drei Jahre 5 Mio. Euro zur Verfügung. Damit können die Voraussetzungen für die klinische Forschung verbessert werden. 26 junge Wissenschaftler können damit ihre wissenschaftlichen Vorstellungen verwirklichen.

Mit Unterstützung einer Professur für Experimentelle Pharmakologie wird das Ziel verfolgt, die Erforschung genetischer Grundlagen für eine individuelle Arzneimitteltherapie zu ermöglichen. Bei Erfolg dieser Fördermaßnahmen werden vom BMBF weitere Fördermittel in Aussicht gestellt.

Studiengang Zahnmedizin wieder eröffnet

Der Studiengang Zahnmedizin ist mit 25 Studienanfängern wiedereröffnet worden. Das ist das Ergebnis von zwei Volksinitiativen, bei der über 100.000 Unterschriften gesammelt wurden. Der Vertrag hierzu wurde im Mai 2002 zwischen dem Land und der Universität besiegelt. *(rkr)*

Gesetz zur Dienstrechtsreform

Trotz heftigen Protestes mittels Unterschriften in einer in der FAZ veröffentlichten Anzeige von über 3000 Universitätsprofessoren und breiter Ablehnung in der Öffentlichkeit, wurde das Gesetz verabschiedet. Kern der Neuregelung ist die Einführung der Juniorprofessur und damit der Wegfall der Habilitation, der Qualifikation des Wissenschaftlichen Assistenten/Oberassistenten und der Hochschuldozenten. Mit der deutlichen Erhöhung des Mitwirkungsrechtes der Studierenden soll zunehmend das der Professoren weiter eingeschränkt werden. *(rkr)*

Immatrikulation des Jahrganges 2002

Es wurden 2500 Studierende immatrikuliert. Darunter befinden sich 463 Ausländer, das entspricht einem Zuwachs von ca. 5%. Als Gründe für diese erfreuliche Entwicklung vor allem auch bei den ausländischen Studierenden werden u.a. der äußerst breite Fächerkanon und die besonders exponierte geographische Lage der Universität Rostock angegeben. Einen großen Zulauf von rund 400 Studienanfängern verzeichnet die Philosophische Fakultät, weil sie als bundesweit erste ihr gesamtes Studienangebot als Bakkalaureus Artium-Studiengang gestaltet. *(rkr)*

10 Jahre Bauingenieurwesen

Den Kern bilden Hochschullehrer und Mitarbeiter der ehemaligen Technischen Hochschule Wismar. Neu hinzu kamen neu berufene Professoren und Mitarbeiter aus den alten Bundesländern. Der Fachbereich besteht heute aus 9 Professoren, 22 wissenschaftlichen und 33 sonstigen Mitarbeitern. Seit Bestehen des Fachbereiches wurden mehr als 540 Bauingenieure ausgebildet. Davon sind ca. 70% im Land Mecklenburg-Vorpommern tätig geworden. Die Regelstudienzeit beträgt 10 Semester.

Die Studierenden können wählen zwischen folgenden Vertiefungsrichtungen: Konstruktiver Ingenieurbau, Wasserwesen sowie Baubetrieb und Bauwirtschaft.

Die Vertiefungsrichtung Verkehrswesen konnte bisher wegen fehlender Professur nicht angeboten werden.

Die wissenschaftliche Publikationstätigkeit im Fachbereich umfasst 12 Doktorarbeiten, eine Habilitationsschrift, ca. 300 Veröffentlichungen (davon 4 Bücher bzw. 42 Buchbeiträge), 56 Forschungsberichte.

Besonders eng sind die Beziehungen zu Universitäten und Forschungseinrichtungen im Ostseeraum. Das ist ein Ergebnis der regelmäßigen Nordischen Bausachverständigentage.

Die Universität Rostock ist auf dem Gebiet des Bauwesens in fast allen Kontinenten zu einem festen Begriff geworden. (rkr)

Notebook-University Rostock

Das Pilotprojekt Notebook-University (NUR) wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit ca. 1,5 Mio Euro gefördert. Es soll ein orts- und zeitunabhängiges Lernen und Arbeiten durch den verstärkten Einsatz mobiler Rechner an einer Präsenzuniversität ermöglichen. Die Leitung des Projektes liegt in der Hand von Prof. Tavangarian vom Fachbereich Informatik. Beteiligt sind: 2 Fakultäten, die Verwaltung und das Rechenzentrum. Eine im Auftrag des BMBF von Prof. Tavangarian erstellte Studie zu den Einsatzmöglichkeiten mobiler Rechner in der universitären Ausbildung hat bereits bundesweit große Resonanz hervorgerufen. NUR knüpft an diese Vorarbeiten an, z.B. durch die Installation eines drahtlosen Netzes campusweit oder durch die Entwicklung von innovativen multimedialen Lehr- und Lernsystemen.

Informationen über www.nur.uni-rostock.de

(rkr)

Gleichstellung der Frau

Dr. Gundula Moldenhauer, geb. 1956, Fachärztin für Radiologie, Mutter von zwei Kindern, wurde im Januar 2002 für zwei Jahre zur Gleichstellungsbeauftragten gewählt. Frau Dr. Moldenhauer wird immer wieder nach der Notwendigkeit ihrer Funktion befragt. Die aktuelle Statistik bestätigt diese Notwendigkeit: In Deutschland sind z.Zt. nur 9% Frauen an

den derzeitig besetzten Professuren beteiligt. Ebenso sieht es an der Universität Rostock aus. Deutschland ist damit Schlusslicht in Europa! Besonderes Augenmerk hat die Beauftragte auf die inneruniversitären Strukturdiskussionen und den damit zu erwartenden Veränderungen. Deshalb ist ihre Teilnahme an den Sitzungen von Senat, Senatskommissionen bzw. Fakultätsräten unverzichtbar. (rkr)

Prorektor Prof. Dr. Hans Kelling wurde 65

Am 19. Mai 2002 beging Prof. Kelling seinen 65. Geburtstag. Der Mecklenburger - er stammt aus Neukloster - und Chemiker hat sich nach dem Zusammenbruch der DDR sehr für die demokratische Erneuerung der Universität eingesetzt. In drei Wahlperioden hat er sich als Prorektor für Studium und Lehre große Verdienste um die Reorganisation der Lehre erworben. Für die Arbeit des VERS zeigte er sich stets aufgeschlossen und hilfreich. Mit seiner Emeritierung entsteht eine schwer zu schließende Lücke. (be)

Ehrendoktorwürde für Prof. Dr. Dieter Schröder

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät verlieh am 10. Mai 2002 die Ehrendoktorwürde an den ehemaligen Oberbürgermeister, Lehrer im Fach Politikwissenschaft und langjährigen Vorsitzenden der Gesellschaft der Förderer der Universität Rostock. (be)

Walter Kempowski wurde Ehrendoktor

Rostocks großer Schriftsteller wurde durch Beschluss der Philosophischen Fakultät mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet. In der Begründung wird auf den Aufbau des mit über 300 000 Bilddokumenten riesigen Archivs hingewiesen und die Methodik des „Echolot“ gewürdigt. „Auf die Weise konnte Kempowski einen Abschnitt des Zweiten Weltkriegs aus dem Blickwinkel der Mikrohistorie präsentieren, die nach dem Verhältnis sucht, in dem große Geschichte jeweils zur kleinen der unendlich vielen Beteiligten und ihrer Lebenswelten steht.“ Auf der Akademischen Festveranstaltung würdigte Prof. Dr. Fritz Raddatz die Leistungen des Geehrten. Hartwig Bernitt überbrachte die Glückwünsche des VERS; dabei be-

dauerte Walter Kempowski, dass er nicht zum Herbsttreffen nach Kühlungsborn kommen konnte. (be)

Annemarie-und-Hans-Günter-Hoppe-Stiftung

Hans-Günter Hoppe war Ende der vierziger Jahre Mitglied des Studentenrates und Hochschulreferent der LDP. Seiner Verhaftung konnte er sich durch Flucht nach Westberlin entziehen. Er beendete sein Jurastudium an der FU Berlin und bekleidete als FDP-Politiker hochrangige Funktionen, u. a. war er von 1975 bis 1987 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Innerdeutsche Beziehungen. 1990 schrieb er auf Bitten des VERS das Vorwort für die Publikation über Arno Esch, „Mein Vaterland ist die Freiheit“. Seine Frau Annemarie studierte Pharmazie in Rostock. Stadt und Universität behielten trotz der Wahlheimat Berlin eine besondere Bedeutung für das Ehepaar. Am 5. Juni 2002 erfolgte in einem Akademischen Festakt in Rostock die Gründung der Stiftung, die der Förderung von Lehre und Forschung an der Juristischen Fakultät gewidmet ist. Hans-Günter Hoppe ist vor einigen Jahren gestorben. An seine Witwe und Stifterin hat der VERS ein Dankschreiben gesandt.

(be)

Claudia Hermann

ist den Teilnehmern der Gedenkveranstaltung in der Universität zum 50. Todestag von Arno Esch am 19./20. Oktober 2001 als Vortragende bekannt (*VERS-Nachrichten Nr.32, S.21-22*). Als Studentin der Politikwissenschaften hat sie ihre Magisterarbeit mit dem Titel „Politische Studentengenerationen an der Universität Rostock: Ein Vergleich“ abgeschlossen. Darin hat sie das Verhalten der Studenten in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Zeit der Wende 1989/90 untersucht. Dem politischen Widerstand der Studenten in der frühen Nachkriegszeit widmet sie ein besonderes Kapitel. Eine Ausfertigung der Arbeit liegt beim VERS.

(be)

Prof. Dr. Ingo Richter

wurde Ende März 2002 in den Ruhestand verabschiedet. Der ehemalige Geschäftsführend Direktor der Universitäts-Kinderklinik hat im Rahmen seiner „Goodwill-Radtour“ zugunsten kranker Kinder rund um die Ostsee auch Kontakt mit dem Bürgermeister der Stadt Memel, dem Geburtsort

von Arno Esch, gehabt. Er will auch behilflich sein, wenn der VERS dem zunächst vagen Plan, am Geburtshaus von Arno Esch eine Gedenktafel anzubringen, näher treten kann. (be)

Prof. Dr. Bernhard Kaussmann

ist im Frühjahr 2002 im Alter von 89 Jahren verstorben. Die älteren Jahrgänge unter den Biologen haben den damaligen Dozenten im Botanischen Institut sicher noch in guter Erinnerung. Er wechselte später an die Landwirtschaftliche Fakultät und wurde Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Biologie. (be)

Dr. Jürgen Burmeister

unser ehemaliger Kommilitone unter den Biologen ist 2002 verstorben. Einige Male war er Gast auf unseren Rostocker Regionaltreffen.

(be)

Gesellschaft der Förderer der Universität Rostock (GFUR)

Am 16. Dezember 2002 trat der Verwaltungsausschuss zusammen, um turnusgemäß den Vorstand zu wählen. Der bisherige Vorsitzende Prof. Dr. Schröder stand nicht mehr zur Verfügung. Er wurde mit besonderem Dank verabschiedet.

Der jetzige Vorstand:

- 1. Vorsitzender Prof. Dr. Peter Kauffold (Minister a.D.)
- 2. Vorsitzende Prof. Dr. Heidrun Schumann (FB Informatik)
- Schatzmeister Rolf Peter Schultz (Vorstand der Ostsee-Sparkasse)
- Schriftführer Dr. Wolfgang Peters (FB Mathematik)

Die ständigen Hauptaktivitäten der Gesellschaft sind die Verleihung von Joachim-Jungius-Förderpreisen für hervorragende Dissertationen und ein Förderpreis für gute Lehre.

Die Gesellschaft wird weiterhin die Sommerakademie für ausländische Studenten unterstützen. Außerdem wurde Geld zur Verfügung gestellt für den Stipendienfond der Universität, für Studienberatung, für das Rek-

torat, für das Institut für Marketing Symposium Osteuropa, für die Buchpublikation „Musik in Mecklenburg“ u.a.

Für alle, die über die Fördergesellschaft der Universität helfen wollen:

GFUR, Universitätsplatz 1, 18055 Rostock,

Tel. 0381 - 498 1007, Fax 0381 - 498 1006

Spendenkonto: Gesellschaft der Förderer der Universität Rostock,

Ostseesparkasse Rostock, Kto. 20 50 30 335, BLZ 130 500 00

(sch)

10 Jahre Arbeitsgruppe ehemaliger politischer Häftlinge

Auf einem VERS-Regionaltreffen am 20.12.1992 in Rostock berichtete Roland Bude über einen Dachverband von Vereinigungen ehemaliger politischer Häftlinge, dessen Vorsitzender er sei und der mit öffentlichen Mitteln gefördert werde. Er schlug vor, dass sich die ehemaligen Häftlinge im VERS formell zu einer Arbeitsgruppe zusammenschließen und dem Dachverband, der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft - UOKG, beitreten sollten. Der Vorschlag wurde auf dem Regionaltreffen und vom VERS-Vorstand positiv aufgenommen. Alle Betroffenen stimmten diesem Vorschlag zu und am 3. März 1993 wurde der Aufnahmeantrag bei der UOKG gestellt.

Die Entwicklung der UOKG ist so vielschichtig, dass sie nicht in diesen Rahmen gestellt werden kann. Für den VERS bedeutsam war die Vermittlung der Förderung unserer Publikationen durch das Bundesministerium des Innern, bzw. seit 1999 durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In den ersten Jahren gab es nur etwa ein Dutzend Mitgliedsverbände. Die meisten von ihnen vertraten die ehemaligen Häftlinge der sowjetischen Speziallager in den ersten Nachkriegsjahren, wie Sachsenhausen, Buchenwald, Ketschendorf, Jamlitz, Mühlberg oder Fünfeichen, aber auch Bautzen, Hoheneck und Waldheim. Später kamen die Workutaner und die großen Häftlingsorganisationen BSV und VOS dazu. In den letzten Jahren folgten viele kleinere Gruppen.

(be)

Zusammenarbeit des VERS mit den Landesbeauftragten für die STASI-Unterlagen (LStU)

Die **Berliner Behörde** führte bis 2000 mehrere Foren durch, die thematisch ein breites Spektrum abdeckten. Als VERS-Beauftragter nahm Jürgen Blanck, Berlin, häufig daran teil.

Aus **Sachsen-Anhalt** ist ein besonderes Ereignis zu melden: Am 25.2.2003 fand in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle die Vorstellung einer Publikation statt: Heinrich Blobner und Dieter Knötzsch „Auf Weisung des Ministers“ - Die Berichterstattung der Martin-Luther-Universität Halle zur politisch-ideologischen Situation 1959-1989.

Diese Arbeit entspricht der VERS-Publikation von Karl Wockenfuß „Streng vertraulich“ und erfolgte auf Anregung des VERS. Die beiden Autoren gehörten einer Hallenser Widerstandsgruppe an. Sie haben ähnlich wie Gert Meinl in Rostock jahrelang die entsprechenden Akten im Universitätsarchiv gesichtet. Wir hoffen, dieses Buch auf unserem Pflingstreffen in Bad Kissingen anbieten zu können.

Der **Sächsische Landesbeauftragte** war im Berichtsjahr Organisator des gemeinsamen Kongresses aller fünf Landesbeauftragten (im Land Brandenburg gibt es eine solche Behörde nicht), der unter dem Titel „Erfahrungen weitergeben - Zeugen politischer Verfolgung als Mittler demokratischer Werte“ stand. Aus dem umfangreichen Programm seien hier nur der Eröffnungsvortrag von Erich Loest (vor einigen Jahren auch VERS-Referent), der Besuch des Dokumentations- und Informationszentrums Torgau und des STASI-Museums in der Runden Ecke in Leipzig genannt. Peter Walsmann und Hartwig Bernitt nahmen innerhalb des Landeskontingents für Mecklenburg-Vorpommern daran teil.

Vom **Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen** erreichten uns mehrere Publikationen. Von denen nur die von Werner Fritsch und Werner Nöckel „Antistalinistische Opposition an der Universität Jena und deren Unterdrückung durch SED-Apparat und Staatssicherheit 1956-1958“ genannt werden soll. Die Arbeit ist auch unter dem Gesichtspunkt

einer vergleichenden Untersuchung zum Widerstand an den Universitäten der DDR interessant.

Die Dienststelle wird geleitet von Jürgen Haschke, der vor einigen Jahren Referent des VERS auf dem Heigenhof war. Mit ihm, aber auch mit der Außenstelle der BStU in Erfurt, dem Präsidenten der Universität Erfurt und dem Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel hält Peter Walsmann als offizieller VERS-Beauftragter für den Freistaat Thüringen Kontakt.

Die Beratungen beim **Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern** wurden teils von Gert Meinl, teils von Hartwig Bernitt besucht. Themen waren u. a. „Die Arbeit des Beirats der Dokumentationszentren Schwerin und Rostock“ (Mitglied in diesem Beirat ist für den VERS Hans-Jürgen Jennerjahn); „Die Zwangsarbeit in der Haft und deren Entschädigung“ sowie „Die Erarbeitung von Wahlprüfsteinen anlässlich der Landtagswahlen“. Seit der Neuwahl der Landesregierung gibt es Pläne zur Beschneidung der Aufgaben oder gar Auflösung des LStU als selbstständige Dienststelle. Ende Oktober 2002 haben Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen des Landes eine gemeinsame Protestresolution verabschiedet. Auch von vielen anderen Institutionen erfolgten entsprechende Einsprüche. Eine Reaktion steht bisher noch aus. (be)

Weitere Veranstaltungen mit VERS-Teilnahme

Von dem 1998 in Rostock gegründeten **Dokumentationszentrum des Landes MV für die Opfer deutscher Diktaturen** erreichten uns Einladungen zu vielen Veranstaltungen.

Von der Arbeitsstelle Rostock soll besonders die feierliche Eröffnung der „Sozialdemokratischen Bücherei in der Fachbibliothek Geschichte“ 20.2.2002 genannt werden. Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt hielt die Begrüßungsansprache in der Aula der Universität. Der VERS war zahlreich vertreten.

Auch von der Arbeitsstelle Schwerin gingen zahlreiche Einladungen ein, die u. a. von Gert Meinl, Ernst-Albert Arndt, Hans-Jürgen Jennerjahn und Hartwig Bernitt wahrgenommen wurden. Am 27.1.2003 fand die Eröff-

nung des ersten Teils der geplanten Dauerausstellung im ehemaligen Gefängnistrakt am Demmlerplatz statt. Unter dem Titel „Strafrecht ist Kampfrecht - Justiz und Terror 1933-1945“. Wird die Instrumentalisierung der Justiz durch das NS-Regime sichtbar gemacht. Nach der Eröffnung durch den Ministerpräsidenten erläuterten die Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung, Regine Marquardt, und der Historiker Dr. Kai Langer Konzeption und Gestaltung der vielseitigen Ausstellung. (be)

Das **Workutaner-Treffen** am 9./12. Mai 2002 besuchten Roland Bude und Hartwig Bernitt als Vertreter des VERS.

Die Jahrestagung 2003 der Workutaner findet am 29.-31. Juli in Berlin statt. Anlässlich des 50. Jahrestages des Häftlingsaufstands soll am 31.7./1.8.2003 ein Flug nach Workuta organisiert werden. Interessenten melden sich bitte bis zum 20.3.03 bei Günther Kowalczyk, Am Trerichsweiher 18, 53721 Siegburg

(be)

In Berlin fand am 25.-27.9.02 das **12. Buchenwaldgespräch der Konrad-Adenauer-Stiftung** mit dem Generalthema „Jugendpolitik in der SBZ/DDR“ statt. Dr. Weberling, Berlin, referierte über „Verfolgung und Widerstand von Studenten und Dr. Wiemers, Leipzig, über „Verfolgte Studenten in Leipzig“. Unter den Teilnehmern waren Peter Eberle und Siegfried Jenkner (beide früher Leipzig), Hans-Jürgen Jennerjahn und Hartwig Bernitt. (be)

Zu einer Tagung hatte die **Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten** am 29./30. Oktober 2002 Historiker, Mitarbeiter entsprechender Institutionen und Verbände, Journalisten und Zeitzeugen in die jetzige Justizvollzugsanstalt, das frühere NS-/DDR-Zuchthaus Brandenburg-Görden, eingeladen. Ziel der Veranstaltung war, Perspektiven einer zukünftigen Gedenkstätte zu diskutieren, die dem Andenken der Opfer beider Diktaturen gerecht wird. Aus dem brandenburgischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur gab es eine eindeutige Zusage: „Nicht das *Ob*, sondern das *Wie* ist die Frage!“ Peter Moeller war als Vertreter des VERS anwesend. Die FAZ berichtete am 18.11.02 ausführlich und im Deutschland Archiv 1/2003, S.135 ist ein Tagungsbericht enthalten. (moe)

Neubau der Tagungsstätte Heiligenhof eröffnet

Seit mehr als dreißig Jahren finden die Pfingsttreffen des VERS auf dem Heiligenhof bei Bad Kissingen statt. Das Haus kam in die Jahre. Ein Um- und Ausbau wurde fällig. Jetzt konnte am 5. Oktober 2002 der Neubau nach 14-monatiger Bauzeit seiner Bestimmung übergeben werden. Mit 38 neuen Einzel- und Doppelzimmern, zwei Tagungsräumen, die zu einem Festsaal verbunden werden können und einem großzügigen Speisesaal wird nun der Komfort geboten, der heute von einer modernen Tagungsstätte erwartet wird.

Der VERS war durch seinen Vorsitzenden, Dr. Hartwig Bernitt, vertreten und wünscht dem Heiligenhof, dass auch in diesem Haus der freie Gedankenaustausch über alle inneren und äußeren Grenzen hinweg viele Menschen zusammenführen wird. *(moe)*

Preisverleihung

Preis der Albert-Schulz-Stiftung erstmalig verliehen

Mitglieder des VERS-Vorstandes waren am 16. Januar 2003 einer Einladung der Albert-Schulz-Stiftung Rostock gefolgt und nahmen an der Verleihung des Albert-Schulz-Preises an Dr. Hans-Jochen Vogel teil.

In Erinnerung an das tapfere Verhalten des ehemaligen Oberbürgermeisters Albert Schulz in Rostock gegen zwei Diktaturen hat sich diese Stiftung zur Aufgabe gemacht, Menschen auszuzeichnen, die sich im Sinne der Grundsätze, die das Leben von Albert Schulz bestimmten, verdient gemacht haben.

Hans-Jochen Vogel wurde als Gründer des Vereins „Gegen Vergessen, für Demokratie“ zum ersten Preisträger der Stiftung ausgewählt.

In einer Feierstunde im Barocksaal würdigten Peter Schulz, Oberbürgermeister Arno Pöker und in der Festansprache Ministerpräsident Bernhard Vogel das Wirken des Preisträgers, der in seiner Dankesrede besonders auf die Gefahr der Gleichgültigkeit für die Demokratie hinwies. *(sch)*

Buchempfehlungen

Karl Wilhelm Fricke, Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hrsg.)

Opposition und Widerstand in der DDR - Politische Lebensbilder

Verlag C.H.Beck, München 2002, 375 Seiten, broschiert, Preis 14,90 €
ISBN 3-406-476198

„Dem Widerstand Gesicht und Namen geben“, sagte Karl Wilhelm Fricke bei der Vorstellung dieses Buches in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. Mit mehr als 50 Lebensbildern wird das breite weltanschauliche und politische Spektrum von Frauen, Männern und Jugendlichen vorgestellt, die vom NKWD und von der STASI in der Ulbricht-Ära bedroht, verfolgt und verurteilt wurden, die Lebensjahre oder gar das Leben verloren haben. Friedrich Franz Wiese, selbst einer der sehr hart Betroffenen, schreibt über Arno Esch. Andere schreiben über Robert Havemann, Ernst Bloch, Erich Loest, Wolfgang Natonek, Georg Wrazidlo, um nur eine ganz kleine Auswahl zu nennen. Ein in Vorbereitung befindlicher zweiter Band wird mit entsprechenden Lebensbildern aus der Honecker-Ära anschließen. So wird ein grundlegendes Werk zur Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR entstehen, das mit einer Auswahl von Verfolgten für die vielen Tausend Nichtgenannten spricht. (moe)

Erika Riemann

Die Schleife in Stalins Bart

Ein Mädchenstreich, acht Jahre Haft und die Zeit danach

Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2002, 254 Seiten, gebunden,
Preis 19,90 €, ISBN 3-455-09377-9

Erika Riemann, damals Erika Garbe, ist noch keine 15 Jahre alt, als sie das Stalinbild im Klassenzimmer, dort wo noch vor wenigen Monaten das Bild des vorherigen Diktators gehangen hat, mit ihrem Lippenstift verschönert. Weil er so traurig aussieht, bekommt Stalin eine rote Schleife um den Schnauzbart gemalt. Das jetzt gerade 15-jährige Mädchen

wird zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Antisowjetische Propaganda und die zeitübliche Werwolf-Legende liefern dafür die Begründung. Torgau, Bautzen, Sachsenhausen, Hoheneck sind die Stationen ihrer nächsten acht Jahre. Erika Riemann beschreibt das Leben in der eintönigen Hoffnungslosigkeit, sie beschreibt eine Jugend, die umständehalber nicht stattgefunden hat. Ein Buch, das tief betroffen macht. *(moe)*

Brigitte Kaff (Hrsg.)

"Gefährliche politische Gegner"

Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone / DDR

Droste Verlag, Düsseldorf 1995, 262 Seiten, broschiert, Preis 14,- €
ISBN 3-7700-1875-3

Obgleich dieses Buch bereits vor mehreren Jahren erschienen ist, rechtfertigt es eine nochmalige Vorstellung. Es ist in den Folgejahren häufig zitiert worden und dokumentarische Basis für viele nachfolgende Arbeiten geworden. An seiner Aktualität hat es nichts eingebüßt.

Als gefährliche politische Gegner galten seit Beginn der SED-Herrschaft all jene, die sich der neuen Diktatur widersetzen. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik veranstaltet seit 1991 Tagungen mit Historikern und Zeitzeugen, die nach 1945 aus politischen Gründen in der SBZ/DDR verfolgt wurden. Im Zusammenhang damit ist ein Teil der hier zusammengestellten Aufsätze und Zeitzeugenberichte entstanden.

(moe)

Karl Wilhelm Fricke, Silke Klewin

Bautzen II - Sonderhaftanstalt unter MfS-Kontrolle 1956 bis 1989

Gustav Kiepenheuer Verlag, Leipzig 2001 (2. Auflage 2002)

Dieses Buch wurde als Band 8 in der Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft veröffentlicht. Es beschreibt u.a. das Prinzip des Strafvollzugs in der DDR, Einzelheiten über Bautzen II, die Lebensbedingungen der Strafgefangenen und enthält vor allen Dingen bebilderte Biographien von Häftlingen, die uns noch zum großen Teil bekannt sind, wie z.B. von Ru-

dolf Bahro, Heinz Brand, Georg Dertinger, Karl Wilhelm Fricke, Wolfgang Harich, Walter Janka, Erich Loest u.a. (sch)

Björn Mensing, Heinrich Rathke (Hg)

Widerstehen

Wirkungsgeschichte und aktuelle Bedeutung christlicher Märtyrer

Evangelische Verlagsanstalt Leipzig 2002

Das Buch enthält u.a. die Namen von 184 Opfern des Stalinismus (Baltikum, UdSSR, SBZ, DDR) und von 125 Todesopfern des Nationalsozialismus. Erwähnt werden u.a. Lohmeyer ehemaliger Rektor der Universität Greifswald (siehe Vers-Nachrichten Nr.32, 2002, Seite 13) und Gedowsky. (sch)

Hermann Weber in Zusammenarbeit mit Gerda Weber

Damals, als ich Wunderlich hieß

Aufbau Verlag Berlin, 2002

Weber schildert hier seine Erfahrungen an der Parteihochschule „Karl Marx“ und seine glaubwürdig dargestellte Wandlung zum kritischen Sozialisten. Bekannt geworden ist er uns durch sachkundige Publikationen über die DDR und den Kommunismus. (sch)

Karl Wilhelm Fricke

Der Wahrheit verpflichtet

Texte aus fünf Jahrzehnten zur Geschichte der DDR

Ch. Links Verlag, Berlin, 2.Auflage 2002

Der besondere Wert des Buches besteht darin, dass nur Texte aufgenommen wurden, die dem neuesten Erkenntnisstand entsprechen.

(sch)

Manfred Rexin (Hg)

Radio-Reminiszenzen - Erinnerungen an RIAS Berlin

VISTAS Verlag, Berlin 2002

Der "Rundfunk im amerikanischen Sektor", der RIAS, war eine unverzichtbare Informationsquelle in der SBZ/DDR. Das Buch lässt viele Erinnerungen wach werden. So wissen wir Rostocker Studenten von damals noch, wie 1950 einer unserer Studentenvertreter über die turbulenten Auseinandersetzungen um den von der SED angestrebten neuen Wahlmodus für die Studentenratswahlen nach seiner Flucht im RIAS berichtete. Weiter wird die Wirkung des RIAS, die Diffamierung des Senders durch Unbelehrbare und die spätere Auflösung in den 90er Jahren dargestellt.

(sch)

Edda Ahrberg u. a.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

**28 Erwiderungen auf Ihr Deutschlandbild
oder Warum Geschichte haftbar macht**

Forum Verlag Leipzig 2002, 160 Seiten, broschiert, Preis 12,- €

ISBN 3-931801-05-5

Achtundzwanzig namhafte Autoren - Bürgerrechtler, Schriftsteller, Historiker, Juristen, Journalisten - machen mit ihren Beiträgen klar, welcher Schaden durch das so genannte Kohl-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts für die Aufarbeitung der jüngsten deutschen Geschichte entstanden ist. Warum hat der jetzige Bundeskanzler diesem Urteil Beifall gespendet? Hat er von 40 Jahren geteilter deutscher Vergangenheit vielleicht nichts verstanden? Will Kohl mit dem „Schluss der Debatte“ neben dem „Kanzler der Einheit“ das Denkmal „Kanzler der Versöhnung“ errichten?

Dieses Buch ist in einer spontanen Aktion der Autoren entstanden, um klar zu machen, was hinter dem Aktenstreit steht, für wen der offene Umgang mit gesamtdeutscher Geschichte unbequem ist und warum der Umgang mit der gesamtdeutschen Geschichte unerlässlich ist.

Im Anhang ist eine Zusammenstellung der wichtigsten Paragraphen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und eine Chronik des Aktenstreits von Ende 1999 bis zum 25. Mai 2002 wiedergegeben. (moe)

Übersicht über Beratungsangebote für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR

Herausgegeben von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
3. erweiterte und überarbeitete Auflage 2002. Schutzgebühr: 2,50 €
Bezugsadresse: Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Otto-Braun-Straße 70-71; Tel. 030 - 23 24 72 00

In sehr übersichtlicher Form sind Vereine, Verbände und staatliche Stellen aufgeführt, die Beratung und Betreuung von ehemaligen politisch Verfolgten wirkungsvoll unterstützen. Die für die Rehabilitierung geltenden gesetzlichen Regelungen sind aufgeführt. Enthalten ist ebenfalls ein Anschriftenverzeichnis von Gerichten und Behörden, die für die Rehabilitierung zuständig sind. (moe)

Ulrich MÄHLERT (Hrsg.)

Vademekum DDR-Forschung

Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten
CH. Links Verlag, Berlin 2002, 315 Seiten, broschiert, Preis 19,90 €
ISBN 3-86153-277-8

Für alle Zeithistoriker ist das Vademekum DDR-Forschung ein bereits bewährter Wegweiser durch die vielfältige Aufarbeitungslandschaft. Es ist jetzt in 3. Auflage erstmals im Ch. Links Verlag erschienen. Mehr als 550 der oben genannten Institutionen sind verzeichnet. In zehn großen Kapiteln geordnet gibt das Vademekum Auskunft über Adressen, Ansprechpartner, Forschungsschwerpunkte und Bestände der einzelnen Institutionen. Ergänzt wird das Handbuch durch Selbstdarstellungen wichtiger Archive, Forschungs- und Fördereinrichtungen. Bewahrt wird die Aktualität dieses Wegweisers durch das Online-Angebot unter www.stiftung-aufarbeitung.de (moe)

Wer kann helfen?

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat um Mithilfe gebeten. Von der Moskauer Militärhauptstaatsanwaltschaft sind dort für vier Personen Rehabilitierungsbescheide eingegangen. Von den Betroffenen bzw. von deren Angehörigen sind aber keine Anschriften bekannt. Falls jemand zur Aufklärung irgendetwas beitragen kann, wird um Mitteilung an Dr. Hartwig Bernitt (Anschrift im Impressum) gebeten.

- Erich Paepke, geb. 1927 in Hamburg, Student Rostock, damals wohnhaft in Rostock, Liskowstr.27
- Joachim Reinke, geb. 1927 in Neubrandenburg, Student Rostock, damals wohnhaft in Rostock, Rosa-Luxemburg-Str. 32
- Mercedes Fedder, geb. 1927 in Reval/ Estland, damals wohnhaft in Rostock, Kieler Str. 6
- Walter Berg, geb. 1919 in Plau/ Mecklenburg, damals wohnhaft in Wismar, Neustadt 19

Impressum

Die VERS-Nachrichten erscheinen als internes Mitteilungsblatt des Verbandes Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) einmal im Jahr.

© Herausgeber:

Verband Ehemaliger Rostocker Studenten, VERS

Vors. Dr. Hartwig Bernitt, Gümse 75, 29451 Dannenberg

Tel. 05861 - 23 60; Fax 05861 - 98 64 42

Redaktion:

Dr. Karl-Richard Appel, Arndtweg 7, 88400 Biberach, Tel. 07351 - 23 370

Dr. Peter Moeller, Fleinsbachstr. 1/1, 70771 Leinfelden-Echterdingen

Tel. 0711 - 77 67 49, Fax 0711 - 77 77 658

Beiträge:

Hartwig Bernitt (be); Christa Sauer (csa), Dorothea Melms (dme), Ernst-Albert Arndt (eea), Eberhard Poppelbaum (epo), Elsbeth Popp (epp), Friedrich-Franz Wiese (ffw), Gabriele Altendorf (gal), Hanna Wockenfuß (hwf), Joachim Hengelhaupt (jhe), Joachim Völter (jvö), Dietmar Kausch (kau), Karl Wockenfuß (kwf), Karin Übachs (küb), Peter Meier (mei), Peter Moeller (moe), Marga Sonnenstuhl (mso), Maria Wolf (muw), Peter Walsmann (pwa), Rosemarie Kraeft (rkr), Karl Schröder (sch), Werner Sonnenstuhl (wso)